

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

142.

SITZUNG

7-2-1968

Presidente:

Vicepresidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 117 :

« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1968 »

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 117 :

« Haushaltseinnahmen- und Ausgabenvorschlag der Region Trentino - Tiroler Etschland für das Rechnungsjahr 1968 »

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.10.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente avv. Bertorelle).

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): *(fa l'appello nominale).*

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 6.2.1968.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): *(legge il processo verbale).*

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Riprendiamo l'esame del *disegno di legge n. 117: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1968 ».*

È iscritto il cons. Gouthier. Cons. Gouthier, cominci, i consiglieri stanno per arrivare.

(INTERRUZIONE)

PRESIDENTE: Sì, siamo in discussione generale, quindi può iniziare . . .

GOUTHIER (P.C.I.): *(Interrompe).*

AGOSTINI (P.L.I.): Chiedo di sospendere la seduta per qualche minuto altrimenti chiedo che la discussione generale venga dichiarata chiusa in queste condizioni. Non si può continuare così.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa per 15 minuti.

(Ore 10.15)

Ore 10.30.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Faccio presente che io ho aperto la seduta alle 10.10. L'ho dovuta sospendere poi perché mancava il numero legale; c'erano due o tre consiglieri in sala. Oggi si sapeva che si faceva seduta soltanto fino alle 14. Se ora cominciamo alle 10.30 e finiamo alle 13, il lavoro che resta da fare voi lo comprendete bene. Quindi io prego i signori consiglieri di essere puntuali, se cominciamo alle 10, sennò non si riesce a fare tutto il lavoro che è previsto per quanto riguarda il bilancio.

Ora c'è il numero legale. Io chiedo chi prende la parola. Se nessuno prende la parola io chiudo la discussione generale; questo è chiaro.

La parola al cons. Bernhart.

BERNHART (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Edle Damen und werthe Kollegen! Aus dem Begleitbericht des Herrn Präsidenten des Regionalausschusses haben wir zwei Spiegelbilder vorgelegt bekommen: das eine stellt die Vergangenheit dar und das zweite läßt uns einen Blick in die Zukunft tun.

Im Spiegel der Vergangenheit wäre wohl so mancher Schattenstrich zu erwähnen und so manches zu kritisieren. Ich habe mir aber bei der heurigen Bilanzdebatte vorgenommen, keine Kritik oder besser gesagt keine bössartige Kritik auszuüben, sondern nur das Gute herauszunehmen und dasselbe als Zielscheibe für die Zukunft zu verwenden. Da aber das Gute nur zustandekommt, wenn fleißige Menschenhände daran wirken, so sei es mir erlaubt, am Beginn meiner kurzen Stellungnahme allen Beamten und Angestellten, welche im Dienste dieser Region stehen, und zwar allen ohne Ausnahme, angefangen vom Portier bis hinauf zum höchsten Beamten, für das tatkräftige und lobenswerte Mitwirken am Auf- und Ausbau un-

seres Gemeinschaftslebens volles Lob und Anerkennung auszusprechen.

Die Vergangenheit hat uns augenscheinlich gezeigt und den Beweis geliefert, daß es nicht immer auf die Menge der Geldmittel ankommt, sondern vielmehr wie und wo diese Geldmittel Verwendung finden. Wenn ich dies nun gesagt habe, so habe ich in erster Linie an die Wildbachverbauung gedacht, und ich hoffe, daß niemand beleidigt ist, wenn ich behaupte, daß auf dem Gebiet der Wildbachverbauung gerade im letzten Jahr Großartiges geleistet wurde. Um sich darüber überzeugen zu können, braucht man nur die verschiedenen Baustellen in unserer Region zu besichtigen und die geleisteten Arbeiten anzusehen. Und wer sich dabei noch nicht ein klares Bild machen kann, der möge mit jenen Leuten reden, die in den letzten Jahren in diesen Wildbachgefahrezonen gelebt haben und er wird sich überzeugen können, wie dankbar und glücklich diese Leute nun sind. Möge diese Feststellung und der Dank dieser Leute uns Ansporn sein, mit der begonnenen Arbeit weiterzufahren und die Aufgaben unserer braven Wildbachverbauungsarbeiter, die oft mit Gefahren verbunden sind, zu erleichtern! Ich glaube, die Unwetterkatastrophen der letzten Jahre haben uns alle überzeugt, daß es falsch wäre, auf dem Gebiet der Wildbachverbauung mit den Geldmitteln zu sparen oder zu geizen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch die Gelegenheit benützen, um den zuständigen Herrn Assessor auch auf die Verbauung der Schneelawinen hinzuweisen, ganz besonders im oberen Vinschgau und im Ortlergebiet. Wenn die Schneelawinen, die in den letzten Jännertagen im Langtauferer- und Rojental niedergingen, zum Glück keine Menschenleben gefordert, sondern nur Sachschaden

angerichtet haben, so sollen dieselben uns dennoch ein Warnzeichen für die Zukunft sein.

Assessor Dr. Steger hat gestern mit treffenden Worten das Bergbauernproblem beleuchtet, und ich möchte mich nun seinen Worten, Wünschen und Vorschlägen voll und ganz anschließen. Obwohl mit Genugtuung gesagt werden kann, daß gerade in der gegenwärtigen Legislaturperiode auf diesem Gebiet sehr vieles schon geschehen ist, muß aber dennoch im gleichen Atemzug gesagt werden, daß noch sehr vieles zu tun ist; man bedenke nur wieviele Bergdörfer, Weiler und Streusiedlungen heute noch ohne Zufahrtswege, Elektroenergie, Trinkwasseranlagen und sonstigen sanitären Einrichtungen sind. In Anbetracht dieser Tatsache und wenn wir wollen, daß diese Ärmsten der Armen auf ihren Berghöfen obenbleiben sollen, dürfen wir nicht länger mehr zuschauen, sondern müssen rastlos planen und helfend eingreifen, um ihnen die harte Arbeit zu erleichtern und diesen sozialen Mißstand und diesen großen Unterschied in der Lebenshaltung zwischen Berg- und Landbauer in Zukunft zu lindern und aus der Welt zu schaffen. Dies können wir meines Erachtens am besten tun, wenn wir ihnen Zufahrtswege bauen, Elektroenergie liefern und sie mit Trinkwasser ausstatten; alles übrige werden sich diese Leute selbst besorgen, denn daß sie arbeiten gelernt haben, das, glaube ich, haben sie bisher schon zur Genüge gezeigt und bewiesen.

Da ich schon einmal beim Bergbauernproblem bin, sei es mir erlaubt, noch ein Herzensanliegen vorzubringen und den zuständigen Herrn Assessor um das nötige Verständnis zu bitten. Es handelt sich um die Wildschädenvergütung. Ich will nun diese leidige Angelegenheit nicht dramatisieren oder übertreiben, wenn ich sage, daß das Problem Wildschäden reichlich reif ist und dasselbe endlich einer Lösung

zugeführt werden muß. Ich habe mich persönlich überzeugt, welch erschreckendes Ausmaß diese Schäden ganz besonders in den Nachbargemeinden des Nationalparkes und im oberen Vinschgau erreicht haben. Es wäre aber dennoch falsch zu behaupten, daß die betroffenen Bauern deswegen Feinde des Wildes geworden wären, denn auch sie sehen gerne einen gesunden Wildbestand und verlangen nichts anderes, als daß ihnen die durch das Wild angerichteten Schäden vergütet werden. Im Namen all dieser durch das Wild geschädigten Bergbauern ersuche ich daher den zuständigen Herrn Assessor um Verständnis und Hilfe. Vielleicht ist es ihm möglich, in dem vom Herrn Präsidenten im Begleitbericht angekündigten Gesetzentwurf über die Koordinierung des Jagdgesetzes einen Artikel einzubauen, welcher in Zukunft die Wildschadenvergütung regelt.

Nun noch ein paar Worte zu den freiwilligen Feuerwehrmännern in Land und Region und einige Gedanken zum Feuerwehrwesen im allgemeinen. Edle Damen und wertere Kollegen! Haben wir uns schon einmal die Frage gestellt, wieviel unbezahlte Arbeitsstunden unsere braven Feuerwehrmänner zum Wohle für Hab und Gut des Mitmenschen geleistet und wieviele Sachwerte sie den Elementen der Natur entrissen haben? Haben wir uns einmal ausgerechnet, welch großes Volksvermögen sie uns erhalten haben? Man bedenke nur die Waldbrände, die durch sie verhütet werden. Sehen Sie, meine Damen und Herren! Es genügt nicht, wenn wir uns an unsere braven Feuerwehrmänner nur dann erinnern, sobald die Sirenen heulen und die Glocken läuten, oder wenn die Wasserfluten rauschen. Wir müssen ihnen stets hilfreich mit Rat und Geldmitteln zur Seite stehen. Wir müssen sie immer mehr mit Spezialgeräten ausrüsten, damit sie imstande sind, den Elementen der Natur wirksam ent-

gegenzutreten. Es sei mir deshalb bei dieser günstigen Gelegenheit erlaubt, allen freiwilligen Feuerwehrmännern für den strammen und pflichtbewußten Einsatz zum Wohle der Volksgemeinschaft Dank und Anerkennung auszusprechen und sie zu ersuchen, weiterhin im Geist der christlichen Nächstenliebe ihren Dienst zu leisten. Danken möchte ich auch dem zuständigen Herrn Assessor für das große Verständnis, das er bisher den Freiwilligen Feuerwehren entgegengebracht hat, und die Bitte anknüpfen, er möge sich weiterhin bei der Regionalregierung verwenden, daß den Freiwilligen Feuerwehren immer mehr Spezialgeräte zur Verfügung gestellt werden.

Abschließend hätte ich noch eine große Bitte in diesem Zusammenhang. Im Namen der über 8000 freiwilligen Feuerwehrmänner der Provinz Bozen möchte ich an den Herrn Regionalausschußpräsidenten und an den zuständigen Herrn Assessor die eindringliche Bitte richten, beim Regierungskommissär vorzusprechen, damit er das Verbot aufhebe, welches den freiwilligen Feuerwehrmänner der Provinz Bozen verbietet, bei feierlichen und traurigen Anlässen die Vereinsfahnen zu tragen. Diese Vereinsfahnen sind zum Großteil mit dem Bild des Hl. Florian, des Schutzpatrons der Feuerwehren, geschmückt und tragen die schönen Inschriften wie z.B.: « Einer für alle und alle für einen » oder « Gott zur Ehr und dem Nächsten zur Wehr ». Ich müßte wirklich nicht, was an diesen Fahnen und Inschriften Anstoßendes oder Staatsfeindliches zu finden wäre. Dieses Verbot ist und bleibt für die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols und für uns alle unverständlich; dies um so mehr zu einem Zeitpunkt, wo man an allen Ecken und Enden von Zusammenschluß oder Zusammenarbeit Europas predigt und alle Fremdkörper, die das friedliche Zusammenleben zerstören, zu beseitigen sich

vorgenommen hat. Dieser Umstand erschwert sich um so mehr, da es sich gerade um einen Verein handelt, der auf den Fahnen das Lösungswort « Nächstenliebe » geschrieben hat. Ein solches Verbot stellt eine Entwürdigung des Feuerwehrdienstes dar und ist eine starke Herabsetzung des Schutzpatrons. Ich ersuche deshalb alle Ausschußmitglieder und alle hier anwesenden Regionalräte, für die Aufhebung dieses unfaßbaren Verbotes sich tatkräftig einzusetzen. Ein positiver Ausgang dieser meiner Bitte im Namen der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols wäre ein ansehnliches Zeichen des guten Willens und würde einen großen Beitrag für das friedliche Zusammenleben beider Volksgruppen darstellen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Illustrissimo signor Presidente! Colleghi e Collegghi! Dalla relazione accompagnatoria del signor Presidente della Giunta regionale emergono due quadri illustrativi di cui uno rispecchia l'attività passata, mentre l'altro ci consente uno sguardo nel futuro.

In merito al passato vi sarebbe, è vero, un qualche punto oscuro da menzionare e criticare, ma mi sono proposto quest'anno di non esprimere, nel corso del dibattito sul bilancio, alcuna critica, o meglio, alcuna critica malevola, bensì invece di trarre dalla suaccennata relazione solo il buono e perseguirlo come meta. Ma poiché le cose migliori giungono alla realizzazione solo attraverso l'operato di persone attive e diligenti, mi si consenta in apertura alla mia breve presa di posizione, di esprimere lode incondizionata a tutti i dipendenti della Regione ed a tutto indistintamente il personale, a cominciare dagli uscieri fino ai più alti funzionari, per la energica e lodevole collaborazione da essi prestata per lo sviluppo e potenziamento della nostra comunità.

Il passato ci ha manifestamente e provatamente insegnato che determinante non è tanto l'entità dei mezzi, quanto il loro modo di impiego. Ciò dicendo intendo riferirmi soprattutto alla sistemazione dei bacini montani, e spero di non offendere nessuno se affermo che proprio in quest'ultimo anno è stato realizzato in quel settore qualcosa di grandioso. Per sincerarsi della cosa basterà andare a visitare i diversi cantieri sorti nella nostra Regione ed i lavori finora realizzati. E chi non riuscisse, ciò malgrado, a farsi un chiaro quadro della cosa, abbia la compiacenza di interpellare quelle persone che sono vissute in questi ultimi anni nelle zone dei bacini montani, e potrà così convincersi quanto esse siano felici e riconoscenti. La loro gratitudine ci sia dunque di sprone per proseguire l'opera e per facilitare il lavoro, spesso pericoloso, dei nostri bravi operai. Credo che le calamità atmosferiche di questi ultimi anni abbiano persuaso noi tutti come nel settore in parola non si debba assolutamente badare a spese.

Vorrei cogliere l'occasione per ricordare al competente assessore la necessità di realizzare, nella alta Val Venosta e nella zona dell'Ortles, opere di protezione contro la caduta di slavine. Anche se le slavine precipitate in Vallunga ed in Val Roja verso la fine di gennaio, non hanno fortunatamente causato vittime ma soltanto danni materiali, ciò dovrebbe tuttavia essere un monito per il futuro.

L'assessore dr. Steger ha illustrato ieri con parole appropriate, il problema dei contadini di montagna ed io desidero associarmi in tutto e per tutto alle sue parole, desideri e proposte. Malgrado si possa affermare con soddisfazione che proprio nell'attuale periodo legislativo molto si è fatto in questo settore, va tuttavia contemporaneamente detto che per molti altri resta ancora parecchio da fare; basti pensare a

quanti paesi montani, borgate e centri isolati sono tuttora privi di strade di accesso, di energia elettrica, di impianti per l'acqua potabile e di altri impianti sanitari. In considerazione di questo dato di fatto e se vogliamo che questi poveri fra i poveri non abbandonino i loro masi, non possiamo restarcene più a lungo a guardare quali inerti spettatori, ma dobbiamo intervenire adoperandoci infaticabilmente onde alleggerire il loro duro lavoro, onde attenuare, o meglio eliminare, totalmente questo disagio sociale, questo grande divario sussistente fra il tenore di vita dei contadini di montagna e quelli di pianura. Il modo migliore per conseguire tale scopo consiste, a mio avviso, nel provvedere alla costruzione delle strade d'accesso e nel fornire quelle località montane di energia elettrica e di acqua potabile; tutto il resto quella gente se lo procurerà da sé poiché, credo, abbia ampiamente dimostrato di saper lavorare.

E già che sto trattando il problema dei contadini di montagna mi si consenta, restando in argomento, di esternare un desiderio che mi sta a cuore e pregare il competente assessore di valutarlo con la dovuta comprensione. Si tratta del risarcimento dei danni causati dalla selvaggina. Non intendo assolutamente drammatizzare in merito né esagerare, ma solo far presente che suddetto problema, ormai abbondantemente maturato, necessita finalmente di una soluzione. Ho constatato personalmente quali paurose proporzioni abbiano raggiunto, specie nei Comuni limitrofi al Parco nazionale e nell'alta Val Venosta, i danni provocati dalla selvaggina. Sarebbe tuttavia errato credere che gli agricoltori siano, per questo, divenuti ostili alla selvaggina; anzi, apprezzano anch'essi un tale sano, consistente patrimonio e non pretendono altro che il risarcimento dei danni subiti. A nome di tutti gli agricoltori danneggiati chiedo

pertanto al competente assessore aiuto e comprensione. Forse potrebbe inserire nel disegno di legge relativo all'ordinamento legislativo sulla caccia, preannunciatoci dal signor Presidente della Giunta regionale nella sua relazione accompagnatoria, potrebbe inserire, ripeto, un articolo che regoli, in futuro, il risarcimento dei danni causati dalla selvaggina.

E prima di concludere vorrei accennare brevemente al problema del Corpo Volontario Vigili del Fuoco della Provincia e Regione, ed esternare alcune idee sul servizio antincendi in generale. Ci siamo chiesti, Signori, quante ore di lavoro abbiano speso gratuitamente i nostri bravi vigili del fuoco nell'interesse della comunità, e quanti beni materiali essi abbiano strappato alla furia delle forze naturali? Abbiamo mai calcolato quale enorme patrimonio pubblico è stato salvato e quanti incendi boschivi vengono evitati grazie alla loro opera? Vedete dunque, egregi colleghi, che non è sufficiente né giusto ricordarci dei vigili del fuoco solo quando ululano le sirene o rintoccano le campane oppure quando rumoreggiano i flutti, ma dobbiamo aiutarli costantemente con consigli, mezzi finanziari, nonché dotarli sempre più di quegli speciali equipaggiamenti che consentano loro di combattere efficacemente le forze della natura. Mi si consenta, quindi, cogliendo questa occasione, di esprimere a tutti i vigili del fuoco volontari ringraziamento e plauso per l'efficace servizio prestato con senso di responsabilità nell'interesse pubblico, e pregarli vivamente di voler continuare la loro opera nello spirito di carità cristiana verso il prossimo. Vorrei ringraziare pure il competente assessore per la comprensione finora dimostrata nei confronti dei Corpi dei vigili del fuoco volontari, pregandolo di volersi anche in futuro adoperare presso la Giunta regionale onde essi vengano sempre più dotati di attrezzature veramente rispon-

deni alle esigenze.

E prima di concludere vorrei, sempre in tal connessione, pregare caldamente, a nome degli 8.000 e più vigili del fuoco della provincia di Bolzano, vorrei pregare, ripeto, il Presidente della Giunta regionale ed il competente assessore di intervenire presso il Vice Commissario del Governo al fine di ottenere la revoca delle disposizioni che vietano ai vigili in parola di portare nelle pubbliche manifestazioni la bandiera dei rispettivi Corpi. Su quasi tutti quei gonfaloni è riprodotta l'effigie di S. Floriano, patrono dei vigili del fuoco, corredata da scritte quali ad es.: « tutti per uno ed uno per tutti » oppure « per la gloria di Dio ed in difesa del prossimo ». Non so proprio cosa ci si trovi di antinazionale e provocatorio. Il divieto quindi è e rimarrà per gli interessati e per noi tutti incomprendibile, tanto più considerando che si predica in lungo ed in largo l'unità e la collaborazione fra gli Stati europei ed il proponimento di eliminare ogni corpo estraneo che possa ostacolare la pacifica convivenza fra i popoli. Nel caso specifico, trattandosi cioè di associazioni la cui bandiera porta la parola di ordine « amore verso il prossimo », la circostanza appare ancor più grave. Un divieto del genere è infatti denigrante sia per il servizio antincendi, che per il suo patrono. Prego perciò tutti i membri della Giunta e tutti i consiglieri qui presenti di intervenire al fine di ottenere la revoca di tale inconcepibile divieto. L'accoglimento di questa mia preghiera, espressa a nome dei Corpi volontari vigili del fuoco del Sudtirolo, sarebbe indice di buona volontà, nonché valido contributo per la pacifica convivenza di entrambi i gruppi etnici. Grazie per l'attenzione!)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Signor Presidente, signori colleghi, prendendo la parola nella discussione generale sull'ultimo bilancio di fine legislatura, viene naturale ed istintivo porsi, una domanda di fondo, di carattere generale: che bilancio possiamo tirare di questi quattro anni, che cosa si è fatto, che cosa si è realizzato, quali sono i problemi che ci stanno dinanzi. E proprio le vicende immediate del nostro Consiglio di oggi e di ieri, le discussioni che abbiamo portato avanti fra i capigruppo, sulla funzionalità del Consiglio regionale, sull'esigenza di tenere gli interventi in tempi relativamente brevi, il fatto che ieri e oggi nessuno voglia prendere la parola, mi sembra che siano questioni che vanno al di là di difficoltà contingenti e immediate, di ripicche personali di chi era abituato a parlare a lungo e adesso non potrebbe più parlare a lungo. Io penso che questo punto della difficoltà di metterci in moto, della difficoltà di parlarci e di ascoltarci, che indubbiamente c'è, signor Presidente, non sia una cosa da sottovalutare al punto in cui siamo arrivati. Non è una cosa momentanea, penso, ma una cosa sulla quale noi dobbiamo riflettere attentamente. Non vale dire a questo proposito: be', anche in Parlamento alle discussioni sul bilancio assistono due-tre-quattro deputati. Il problema è grave anche a livello parlamentare, tanto è vero che oggi tutti i partiti politici che hanno a cuore il funzionamento delle istituzioni democratiche, del Parlamento e delle Assemblee regionali, innanzi tutto, si pongono il problema di che fare. Perché le assemblee elettive o non vengano svuotate di ogni potere effettivo, o si riducano ad essere delle casse di risonanza per colui cui piace parlare tanto e per vedere poi il suo nome sui giornali. Io sottopongo questo problema, perché penso che se a livello nazionale questo problema c'è ed è acuto — e noi comunisti abbiamo fatto un convegno a Ro-

ma sui problemi della riforma delle strutture dello Stato — questo problema comincia, io lo sento, noi come comunisti lo sentiamo, comincia a presentarsi anche qui da noi in forme che debbono tenerci attenti. Non so quale soluzione dare. È un fatto che la Regione, così come è, è una istituzione che non ha una configurazione precisa, nella quale la Giunta si muove con estrema incertezza e con estrema lentezza. Io cito il caso del coordinamento dei programmi economici. Tutto questo contribuisce a creare questa atmosfera di perplessità, che io sottolineo come fatto grave, signor Presidente, perché sarebbe veramente una sciagura se da questa perplessità o da questa incertezza ne venisse fuori un senso di qualunquismo. Per me urgono rimedi, perché guai se si diffonde tra l'opinione pubblica il concetto che il Consiglio regionale è una cassa di risonanza per persone che prendono tot lire al mese, e che in realtà incide ben poco nella situazione reale e sui problemi reali. Pensiamoci finché siamo in tempo. Mi sembra che questo problema delle istituzioni automatiche della Regione in particolare — lo dico subito, a livello provinciale questo fenomeno non mi sembra che ancora si sia verificato — è tanto più grave, perché si aggiunge a una situazione cronica di anormalità istituzionale. Lo sappiamo tutti che la mancata presenza dei rappresentanti in proporzione all'effettiva consistenza del gruppo di lingua tedesca in Giunta rende permanentemente anormale e difficile e sfasata, per così dire, l'azione, la presenza della Giunta nella vita della Regione. E di fronte a questa gravità di problemi, che sono problemi di fondo, veramente mi sembra che qui la maggioranza abbia preso una via, per così dire, di piccolo cabotaggio, una via di amministrare le cose come stanno, di tirare avanti alla giornata, aspettando quello che può accadere a Roma, lanciando ogni tanto appelli sul-

la Regione, che è una realtà viva, incisiva e così via, appelli, signor Presidente, che a mio avviso lasciano il tempo che trovano, perché quando ci troviamo qui a discutere su problemi veri e reali, in realtà vediamo che le voci sono sfalsate. Dicevo che il problema istituzionale è aperto, è aperto con i problemi tradizionali nostri e con i problemi nuovi della riorganizzazione e del funzionamento delle assemblee elettive e degli istituti autonomistici. Io penso che oggi, al punto in cui siamo arrivati su questo ordine di problemi, serva poco professare la propria fede autonomistica. Noi siamo sinceri autonomisti? No, probabilmente c'è una realtà delle cose, ci sono i tempi della vita moderna, c'è la realtà dei processi economici, che ci sfugge di mano, che è più svelta, che è più rapida della nostra macchinosità e incisività e della nostra possibilità di affrontare la situazione. Lei certamente, signor Presidente, capisce come queste mie affermazioni non vogliamo andare nella direzione di dire: be' che ci stiamo a fare qua, chiudiamo bottega. No, le mie osservazioni vanno nel senso opposto, vanno nel senso di dire: troviamoci, discutiamo, perché non accada il peggio. Dicevo prima, signor Presidente, e lo dicevo e lo dico senza alcuna velleità polemica preelettorale, che mi sembra veramente la situazione della Giunta una situazione pesante e difficile. Una situazione pesante e difficile, che lei stesso nella sua relazione ammette: Io misuro l'azione della Giunta, non rispetto ai desideri miei personali o del mio gruppo dei comunisti, misuro l'azione della Giunta rispetto ai problemi reali che ci stanno di fronte. Ebbene, signor Presidente, io debbo riconoscere che lei questi problemi non li nega, che non fa nella sua relazione un discorso per così dire trionfalistico. Veramente ha, di fronte ai problemi reali, un atteggiamento umile, di riconoscimento della realtà. E di questo le do atto. Sono fi-

niti i tempi delle magnifiche sorti progressive del centro-sinistra? Il centro-sinistra, anche qui a livello regionale, tira la corda. Arriviamo a una formula che è veramente priva di ogni slancio rinnovatore; quello che era lo slancio a parole, iniziale, si è arenato di fronte ai problemi che non nego siano duri e difficili, in ordine ai quali, come dicevo in Consiglio provinciale, non ho nessuna formula taumaturgica per indicare una soluzione. Però la cosa che più colpisce, tirando le somme di una legislatura tutto sommato grigia come dinamismo politico, come capacità di incisione nella vita reale, la cosa che più stupisce, dicevo, è il fatto che voi, in realtà, disponevate e potete disporre di una maggioranza che va ben più in là della vostra. Perché io non vedo attualmente, nelle posizioni della S.V.P., fatta eccezione per quanto riguarda il problema istituzionale — regione sì, regione no; più province, meno province — non vedo, da un punto di vista programmatico, una grande difficoltà, tanto è vero che scontri di fondo sui problemi della vita economica — lasciamo da parte la pesca, ché quella è una cosa estremamente settoriale — non ci sono stati. Voi in realtà avevate un programma estremamente limitato e modesto, e questo programma estremamente limitato e modesto è stato portato avanti attraverso provvedimenti settoriali che hanno lasciato nel fondo la situazione come era. E certamente leggendo la sua relazione, signor Presidente, mi è venuta l'impressione di una certa vivacità, di una certa maggiore fantasia, che forse è la confessione freudiana di un certo grigiore, di una certa limitatezza di impostazione di azione politica. Certo, c'è fantasia, specialmente nel capitolo che riguarda la programmazione e che riguarda le linee strategiche dell'azione. La parola stessa « linee strategiche », che probabilmente il suo predecessore non ha mai adoperato, indica una certa visio-

ne delle cose, indica una certa insofferenza del tran-tran e indica una volontà di uscire da una certa *impasse*. Ebbene, io ho riflettuto su questa sua impostazione, l'ho trovata interessante, lo dico subito, ma in che senso interessante? Interessante come carta di identità di una certa linea politica e culturale della democrazia cristiana di oggi, della democrazia cristiana di Trento, in particolare, più che come strumento effettivo, idoneo, sul piano della politica e della politica economica per risolvere i problemi. Interessante come momento di dibattito, come momento di evoluzione del gruppo dirigente trentino, ma se guardiamo all'efficienza e alla possibilità di incidere nella realtà di questi schemi, di questi concetti che lei ci ha presentato, qui esprimo subito i miei dubbi più sinceri ed anche le mie osservazioni più severe. Dico subito, signor Presidente, che quando ho tirato questa conclusione di fronte al suo discorso programmatico, mi è sembrata una fuga in avanti, mi è sembrata una escogitazione di tipo culturale, di tipo sociologico di un certo interesse, però che lascia i problemi al punto in cui sono, che non è capace di mordere nella realtà. E cito le tre vie, le due assi che dovrebbero fiancheggiare l'asse dell'autostrada, cito il discorso sulle città di valle, su queste comunità di valle e via dicendo. Ripeto, un discorso interessante, io gliene do atto, che dimostra il travaglio, la ricerca che i gruppi dirigenti cattolici nel nostro paese stanno conducendo. Travaglio, ricerca obbligata, dato il venir meno della sociologia tradizionale cattolica, di tipo deontologico, cioè di tipo morale, come strumento idoneo per affrontare i problemi reali. Oggi, venuto meno questo strumento di ricerca e di aggressione, per così dire, della realtà, i gruppi dirigenti cattolici, e lei ne è un autorevole esponente, ricorrono a degli strumenti culturali « moderni », tra virgolette, di tipo prevalentemente sociolo-

gico, di tipo per così dire americanizzante, nel senso che fanno ricorso a schemi concettuali, a ipotesi di lavoro elaborate soprattutto dalla sociologia anglosassone. Quindi non mi sorprendo affatto di trovarmi di fronte a un certo tipo di discorso. Quello che contesto è che questo tipo di discorso possa rendere, possa effettivamente scendere dall'olimpo del dibattito culturale e aggredire la realtà; quello che contesto è che questo discorso possa modificare la realtà delle cose. Oggi, a nostro avviso e a mio avviso, ci sono due tipi di conservatorismo: un conservatorismo, chiamiamolo così, tradizionale, ottocentesco, contro il quale anche lei spunta qualche lancia, un conservatorismo, scusate mi il termine alla Scelba, « manganello ». È un conservatorismo che è presente e sarebbe difficile e assurdo il negare, forse più presente, più radicato tra strati dell'opinione pubblica tradizionalmente conservatori, di quello che non superficialmente appaia. E c'è un conservatorismo, direi, più raffinato, più moderno, più modernizzante, ed è il conservatorismo che appunto fa ricorso a certi strumenti di tipo sociologico, di tipo americanizzante, per così dire, che danno l'illusione di cambiare le cose e che in realtà le cose non cambiano. Anche qui si possono fare le diverse gradazioni, però tutto sommato mi sembra, alla fine del ragionamento che ho fatto, di arrivare a una conclusione di questo tipo. E a questo proposito io voglio porre alcune domande: il capitolo delle linee strategiche, cui ho fatto cenno prima, nei due punti fondamentali viabilità, organizzazione di comunità di valle, che poi dovrebbero risolvere gli altri problemi dell'afflusso di investimenti e del superamento della crisi città, campagna, costituendo nuclei stabili di popolazioni a livello moderno e civile anche nelle valli, questa linea strategica, che dovrebbe essere l'asse fondamentale del programma da un punto di vista

ideale, se non delle misure immediate, la premessa delle misure immediate, come è stato discusso in Giunta? È stato veramente discusso, dibattuto tra la maggioranza? È il frutto di un dibattito politico serio, serrato tra i gruppi che formano questa maggioranza, oppure, come a me sembra e come io ho il timore, è il frutto di una certa preparazione apprezzabile, moderna — lo sottolineo — del Presidente della Giunta? È cioè una linea veramente impegnativa, venuta fuori da una maturazione politica, da una scelta politica, o è venuta fuori da uno sforzo di ricerca personale? La domanda me la pongo, perché da poco abbiamo discusso lo schema di sviluppo economico provinciale almeno noi della provincia di Bolzano, e io sono andato a vedermi se in questo schema provinciale c'era qualcosa, c'era un filo conduttore analogo, simile a quello che lei ha enunciato per una politica a livello regionale. Mi sembra che questo sia un punto fondamentale, perché o noi pensiamo e crediamo che la Regione e le Province operino in una certa dialettica reciproca di coordinamento, di scambio di idee, di esperienze, di riflessioni, coordinamento e scambio di idee che alla fine deve sbocciare in una linea comune, giusta o sbagliata che sia, di destra o di sinistra, non importa, però che deve sbocciare in una linea comune, altrimenti non so cosa stiamo a fare qui, perché la Regione non è altro che la somma delle due Province, non è un'entità metafisica; ebbene, se a livello regionale si fa un discorso, apprezzabile più o meno, non importa, discorso che a livello provinciale però non è riscontrato, non c'è, allora io veramente ho il dubbio che esprimevo prima, che si tratti di un discorso personale, non di un discorso politico serio, meditato. Io vorrei sentire cosa dice l'assessore Benedikter, — spero che prenda la parola — su questi schemi strategici, su queste linee di sviluppo, da lei indi-

cate nella sua relazione. Io non conosco il piano, lo schema di sviluppo di Trento; può darsi che ci sia di più lì, ma io riferisco la mia esperienza e comunque la Regione è fatta delle due Province di Trento e di Bolzano. Ma io le pongo un'altra domanda, un altro quesito: si parla di linee strategiche. Ho sfogliato attentamente — può darsi che mi sia sbagliato — per vedere quali forze politiche dovrebbero portare avanti certe linee strategiche: non c'è una volta scritto « centro sinistra ». Ora, c'è una coalizione di centro - sinistra, bella o brutta, non importa.

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Si parla della maggioranza . . .

GOUTHIER (P.C.I.): Ma, vede, non è scontato. Lei che è fresco fresco delle allocuzioni dell'on. Piccoli e Rumor, vede che questi « grandi uomini » — fra virgolette — democristiani, non parlano di programmi o di linee o di scelte politiche che stanno per aria a sé stanti; sono attenti alle forze politiche che portano avanti questi programmi, e direi che per la prima volta non è stato scontato che certi programmi dovessero esser fatti dalla maggioranza. Lei che è attento certamente alla lettura dei quotidiani nazionali, avrà accolto una certa problematica abbastanza nuova che da questi discorsi è venuta fuori e che tanto scalpore ha fatto nel paese, a torto o a ragione, ma questo è un altro discorso che qui non interessa. Questo è il punto: la maggioranza. Io ho visto un discorso astratto, una impalcatura di tipo sociologico calata dall'alto, che può essere frutto di una ricerca di tipo scientifico, che però non mi sembra che sia mai stata discussa, non so se dal suo partito, ma dai socialisti. Io ne parlavo pri-

ma con un esponente socialista, il quale è caduto dalle nuvole; probabilmente non sapeva neanche delle cose di cui io parlavo. Quindi questa impostazione della relazione, questa estrapolazione di schemi di tipo sociologico modernizzante, possono andare bene, a mio avviso, per una ricerca, per un manuale. Hanno una loro utilità, ma hanno una dubbia incidenza, se questi contenuti programmatici non vengono legati seriamente, effettivamente a un dibattito, a una discussione, a un movimento di forze politiche. Cioè mi sembra che si sia veramente sostituito un ufficio studi a una Giunta e a un Consiglio. E mi meraviglia che questo fatto venga compiuto da parte sua, perché, signor Presidente, se non erro, nel suo breve discorso di insediamento qui di pochi mesi fa, lei esaltò il momento politico, la dialettica politica, il dibattito politico, e lo esaltò come strumento essenziale e fondamentale per contestare una mania di fare ricorso a schemi sociologici, che viene avanti. Contestò ed esaltò, per così dire, il primato della politica sul primato della tecnica o della deformazione tecnicistica, che oggi va un po' di moda. Ma mi sembra, signor Presidente, che lei sia stato in questa occasione proprio la prima vittima di questa tendenza a far ricorso alla sociologia e alle cosiddette fughe in avanti. Io non vorrei, signor Presidente, che da queste mie parole, lei pensasse che la sociologia è qualcosa di così borghese da buttare alle ortiche, una cosa inutile. No, io dico soltanto che la sociologia non fa delle scelte politiche; le scelte le fa la politica, la sociologia interviene dopo, ad amministrare le scelte, amministrarle nel modo più razionale possibile. Ma se fare, se operare certi investimenti, in certi settori, agricoltura, turismo e così via, localizzare certi investimenti in un posto piuttosto che in un altro, impostare un certo discorso sulla dinamica dei redditi, qui non ci sarà nes-

suna teoria sociologica, per così dire, oggettiva, che ci darà una soluzione buona per tutti. La scelta la facciamo noi, a livello politico, e dopo ci serviremo dei sociologi che amministreranno nel miglior modo o nel peggior modo possibile le scelte che noi facciamo.

E mi sembra che su questo potremmo essere d'accordo, perché la realtà delle cose conferma quotidianamente queste modeste osservazioni che io sto facendo. Noi ci troviamo di fronte ad alcuni problemi di fondo: crisi dell'agricoltura, crisi delle strutture agrarie montane e di collina, sistemazioni idrogeologiche dei fiumi e così via. Ebbene, io penso che nessuno di noi si illuda — perché veramente sarebbe un'illusione grave questa, che dimostrerebbe un'infatuazione culturale e nient'altro — di risolvere questi problemi con i manuali che ci vengono da Oxford o da qualche altro posto. Non è possibile. I problemi sono duri, sono difficili, e ripeto . . .

TANAS (P.S.U.): Vengono anche da Trento, eh!

GOUTHIER (P.C.I.): Ormai vengono anche manuali da Trento; mi sembra che vengano di più manuali di tecnica rivoluzionaria, che non manuali di questo tipo.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): e TANAS (P.S.U.): Anche di quella. . .

GOUTHIER (P.C.I.): Anche di quella. Comunque te la vedi tu, perché a me fanno comodo quelle cose . . .

(Interruzioni)

GOUTHIER (P.C.I.): Ma mi sembra che questo discorso per così dire oggettivizzante, di un timbro prevalentemente accademico, venga fuori anche a proposito della programmazione economica. Mi sembra che voi insistiate sul fatto che la programmazione economica è un metodo moderno di amministrazione. E mi sembra che questo vostro discorso sulla programmazione economica, che ho sentito anche a livello provinciale, sabato scorso, sia un discorso estremamente astratto, direi ascetico, raffinato, che passa sulla testa della gente comune, dell'opinione pubblica, che non trova un aggancio con i problemi reali delle nostre genti. Io penso che siamo d'accordo anche su questo fatto: che la programmazione non è un'invenzione di un qualche scienziato. La programmazione viene fuori ed è venuta fuori da esigenze profonde di una realtà economica e sociale dei paesi cosiddetti occidentali. La programmazione sorge quando gli squilibri settoriali, territoriali, di reddito, che il capitalismo ottocentesco acutizza, diventano così gravi e così stringenti, che il sistema economico diventa precario. Ecco che in questo momento sorge l'economia kiesznejana e sorge un po' più tardi di qualche decennio la programmazione. Ma qui è il punto, direi « hic Rhodus, hic salta ». Programmazione come razionalizzazione del sistema, come razionalizzazione della spesa, come accettazione, per quanto riguarda il discorso che facciamo a livello provinciale, provinciale e regionale, come accettazione del piano nazionale o programmazione intesa a trasformare tendenzialmente certe storture del sistema economico. Questo è il punto fondamentale. Quando ho affacciato questo problema in Consiglio provinciale, mi sono capitate addosso le critiche dei consiglieri di maggioranza, socialisti e democristiani, i quali mi hanno rinfacciato che noi sotto le elezioni veniamo a criticare il piano di svi-

luppo quinquennale. Ma non siamo mica matti, insomma! E poi, perché lo dobbiamo criticare? Io non ritengo che si debba criticare, e non lo faccio, un piano economico quinquennale qual è il nostro, partendo da presupposti ideologici. Io ritengo che si debba prendere posizione contro questo o quel punto del piano e che sia un dovere politico della Giunta, partendo dalla realtà oggettiva delle cose, nelle quali noi ci muoviamo. Io penso che quando noi discutiamo di marginalizzazione della economia nostra — e non do la colpa a voi: siete voi i responsabili, avete fatto tutto voi il male che c'è; no quando pongo questo problema della marginalizzazione, è evidente che si richiamano automaticamente certe storture del meccanismo economico nazionale. Quando io vi faccio il discorso, e noi tutti lo facciamo il discorso del fiume Adige, che ha causato morti, danni di miliardi, io necessariamente, di fronte a un problema di questo tipo, per le sue dimensioni quantitative e per la sua collocazione qualitativa, non posso limitarmi a fare i conti del bilancio regionale o dei bilanci provinciali, devo andare a vedere cosa mi dice il piano nazionale. Lo devo andare a vedere, non come comunista, lo devo andare a vedere come amministratore democristiano, socialista. Penso che sia un procedimento mentale tutt'altro che fazioso, tutt'altro che di parte, che viene suggerito dalla realtà oggettiva delle cose. E allora, signor Presidente, quando noi diciamo, alla conclusione della conferenza sull'Adige, che occorrono 120 miliardi per sistemarlo, e andiamo rapidamente a vedere cosa dice il piano Pieraccini, cosa stanziava per il quinquennio, vedremo come tra un certo tipo di bisogno e una certa disponibilità finanziaria per affrontarlo adeguatamente, ci sia un divario estremo, un divario profondissimo. E io penso che nessuno di noi osi contestare, mettere in dubbio che il problema della

sistemazione idrogeologica quello della regolamentazione del fiume Adige, sia uno dei problemi di fondo, che ha carattere prioritario per le scelte a livello di politica economica che noi dobbiamo fare. Questo è il punto e lo sottolineo.

È qui che noi inseriamo, signor Presidente, il discorso sul coordinamento, che sembra che la spaventi tanto. E sembra che sia un discorso estremamente semplice. Noi non abbiamo nessun dubbio sul fatto che i piani, gli schemi di sviluppo debbano esser fatti a livello provinciale, e questo non tanto perché c'è un disegno di legge che giace al Senato, che non verrà approvato in questa legislatura, sulle procedure della programmazione, ma perché riteniamo, noi comunisti riteniamo a livello regionale — il collega de Carneri si è comportato come me a livello provinciale — che la realtà delle cose, il futuro assetto istituzionale della nostra regione, vedrà un potenziamento delle autonomie provinciali. È inutile star qui a disquisire se c'è già la legge o non c'è; i politici anticipano molte volte il diritto che arriva sempre con un po' di ritardo. Fatta questa affermazione, è evidente che non si può negare il momento del coordinamento, perché le nostre province non sono distanti dieci mila km. l'una dall'altra, ma sono attaccate, e se è vero che hanno dei punti di sfasamento, nel senso che le strutture agrarie, ad esempio, sono in parte diverse, che da una parte c'è il maso chiuso e dall'altra non c'è, certe esigenze economiche sono diverse, è pur vero che ci sono dei momenti importantissimi in comune. Io prima facevo l'esempio dell'Adige, e ve lo ributto qua: sistemazione dell'Adige, sistemazione idrogeologica in generale anche, perché io non credo che si debba sistemare l'Adige, lasciando da parte i bacini montani. Ma prendiamo pure l'Adige. Ma mi sembra che non ci può essere

dubbio alcuno, che su questi elementi di fondo, che sono di collegamento oggettivo tra le due economie, ci debba essere un raccordo, ci debba essere un ragguaglio. Non è possibile che la provincia di Bolzano — non mi ricordo più che discorso si è fatto su questo argomento — metta la sistemazione idrogeologica, quella dell'Adige, al quindicesimo posto o la provincia di Trento, dica: no, è al primo o al secondo. Non è possibile, perché allora cadiamo nell'astrazione, nel provincialismo municipalistico, ci mordiamo la coda e facciamo dispute velleitarie e astratte. È fatale che ci debba essere un momento di coordinamento, ma per dar forza a certe nostre argomentazioni, per riuscire a strappare qualcosa di veramente positivo, di fare un discorso organico nei confronti del governo centrale. Ma io che ho poca stima del governo centrale. Io penso che un ministro, un direttore generale, se si vede arrivare due piani provinciali sfalsati nei momenti fondamentali, al minimo debbo dire: ma questi qua son tutti matti. Anche se si tratta di un Ministro, di un Governo a mio avviso inefficienti. Un momento di coordinamento che non metta in discussione le scelte caratteristiche a livello provinciale, ma che contempli le questioni di fondo, a mio avviso deve esserci, altrimenti veramente i piani provinciali rimangono esercitazioni accademiche di nessun valore. A questo proposito però non riesco a capire certe vostre difficoltà a livello regionale. Lasciamo da parte la questione tempo, ma il fatto che voi oggi siate così imbarazzati a mettere assieme delle scelte economiche che non dovrebbero essere diametralmente opposte dopo vent'anni di vita in comune, il fatto che voi oggi siate in difficoltà in questo modo, che siate preoccupati, che ci mettiate tanto tempo, è un fatto criticabile, perché? Ma perché è la prova assoluta che sino adesso si è proceduto settorialmente, ma è la prova assolu-

ta che allora sino adesso si è proceduto veramente separatamente, senza una visione organica del problema. Altrimenti un certo discorso di fondo sui problemi di fondo, un certo canovaccio, un certo schema dovrebbe esserci, dovrebbe essere maturato nei gruppi dirigenti. Ma è incomprendibile, è inconcepibile come si debba partire dall'anno zero su queste questioni. Questo è il punto e questa è la critica che io vi faccio. Mi sembra una critica che viene fuori da una considerazione abbastanza elementare ed abbastanza facile. Il fatto che un gruppo di opposizione debba prima dire lui, così, perché bisogna parlare, una posizione politica che non è niente di particolare, suggerita soltanto dalla logica, dal buon senso, è un fatto, a mio avviso, straordinario, non da un punto di vista procedurale, ma perché la Giunta che ha strumenti, che ha un passato fatto di vita in comune, dovrebbe, senza timore alcuno, essere in grado di dire certe cose; e non essere una minoranza piccola e relativamente influente, che dice questi problemi. Ricevo prima che a nostro avviso, di fronte ai problemi di fondo, occorre una svolta, una svolta come concezione, come concezione della Regione, come un ripensamento del ruolo della Regione nello Stato, sia per quanto riguarda il momento istituzionale, sia per quanto riguarda il momento della politica economica. La programmazione: ecco, questo è il banco di prova. E noi siamo profondamente convinti di non fare un discorso fazioso, tutt'altro: mi sembra di essermi sforzato, sia pure in modo modesto, insufficiente, di argomentare questa mia posizione. La Regione deve avere il coraggio di affrontare questo discorso critico nei confronti di scelte economiche che vengono fatte a livello centrale, altrimenti, ripeto, rimaniamo quello che siamo, altrimenti contempliamo ogni anno i dati che dimostrano che stiamo andando indietro e non che stiamo andando avanti. Io cre-

do che anche nella maggioranza ci siano dei margini di possibilità di critica, di una dinamicità politica, che voi non siate ammanettati, che non abbiate la bocca tappata nei confronti di certe scelte che vengono fatte a livello centrale. Un discorso francamente critico è stato fatto dalla maggioranza della regione sarda, ad esempio, ma viene fatto in province e in regioni numerosissime, dove voi siete maggioranza; discorso critico nei confronti della programmazione, per altre scelte, per altri indirizzi. Questo nasce dalla realtà oggettiva dei problemi che ci stanno di fronte, che sono in massima parte problemi, per così dire, con una frase che riconosco un po' demagogica, problemi di povertà; anche il Trentino, anche i vostri elettori sono contadini, sono poveri contadini, sono operai. È di fronte a queste questioni che bisogna evitare e che io giudico negative le fughe in avanti di tipo sociologizzante. Ebbene, abbiamo sentito domenica il discorso di Rumor; prima c'era stato il discorso di Piccoli. Io mi auspico che questi tipi di discorso che sono stati fatti a Trento, che quindi voi avete sentito bene, siano discorsi non strumentali, ma siano l'inizio di un certo ripensamento suggerito non tanto da noi, modesti uomini come tutti gli altri, ma suggerito da una realtà delle cose che preme, che urge e che esige mutamenti profondi di indirizzo politico.

PRESIDENTE: Nessuno prende la parola? La parola alla signorina Gebert.

GEBERT-DEEG (S.V.P.): Ich erlaube mir, kurz einige grundsätzliche Fragen in bezug auf die die Region betreffenden Sozial- und Gesundheitsfürsorgeprobleme aufzugreifen und in

Diskussion zu stellen. Ich hoffe, daß wir auf die Schwerpunkte, vor allen Dingen was das Problem der Altersheime betrifft, noch in den Diskussionen zu den einzelnen Artikeln zu sprechen kommen werden. Mir scheint, daß diesen Fragen zu wenig Gewicht gegeben wird und daß der gesamte Ausschuß dieselben mit zu wenig Nachdruck verfolgt. Ich kann nicht umhin, zu sagen, daß wir in der Fürsorge- und Gesundheitspolitik von der grundsätzlichen Linie der *ex caritate* auf die moderne Ebene der *ex justitia* übergehen müssen, um dem Recht des Menschen genüge tun zu können und können nicht in dieser alten Haltung des Helfens ohne Rechtsanspruch weitergehen. Es sind in dieser Hinsicht sicher Ansätze da und Bemühungen gemacht worden, aber ich glaube, daß wir auf keinen Fall zufrieden sein dürfen. Wir brauchen hier gerade ein ausgesprochen dynamisches Wirken, damit wir den heutigen Notwendigkeiten gerecht werden können.

Vor einigen Wochen wurde eine Motion hinsichtlich der Arbeiten für die Altersfürsorge eingebracht, wobei ganz klar auf die Notwendigkeit in diesem Gebiet Bezug genommen und der Wunsch ausgesprochen wurde diese Frage einmal grundsätzlich zu regeln, sei es dadurch, daß man unter den Ausgaben für die öffentlichen Bauten einen Beitrag, wenn ich es so nennen darf, für die Instandsetzung, Erweiterung und den Neubau von Altersheimen vorsieht oder, was noch besser wäre, daß man ein eigenes Gesetz zur Finanzierung der Altersheime schafft. Dadurch wären vor allen Dingen den ECA-Ausschüssen und den Gemeinden klare Richtlinien in dieser Sache gegeben. Ich vermisse in der Aufzählung der Gesetze, die auf diesem Gebiet in kommenden Jahr verabschiedet werden sollen, eine grundsätzliche Erklärung zur Lösung dieser Frage. Damals wurde die Motion zurückgestellt mit der Bitte und

dem Auftrag, diese Angelegenheit in die Haushaltsdebatte aufzunehmen. Ich hoffe, daß noch Gelegenheit gegeben ist, diese Motion im Rahmen dieser Haushaltsdebatte zu behandeln.

Wir haben nun eine sehr, ich möchte sagen bisher nie dagewesene Übersicht über die Situation unserer Altersheime. Ich möchte vorwegnehmen, daß ich absolut nicht der Meinung bin, daß ich bin absolut nicht der Meinung bin, daß die Lösung der Frage der alten Menschen mit dem Altersheim gelöst sei, denn die beste Lösung wäre ja die, wenn die Familie den alten Menschen betreuen könnte. Wir wissen aber alle, daß das durch die Umstrukturierung der Gesellschaft nicht mehr zutrifft und nicht immer möglich ist. Daher die Frage nach echten Heimen, wobei ich hier das Wort «Heim», als « sich wohl fühlen », als « sich geborgen fühlen » verstanden haben möchte, sozusagen als zweite Alternative in der Lösung der Frage der Fürsorge des alten Menschen.

Auf der einen Seite besteht also die Tatsache, daß die meisten Familien den alten Menschen nicht betreuen können, auf der andern Seite wird der Anteil von alten Menschen in der Gesellschaft von Jahrzehnt zu Jahrzehnt größer. Der Bevölkerungsanteil der Menschen über 65 ist heute in Südtirol z.B. auf 7%; das ist ein relativ niedriger Prozentsatz, denn es gibt schon Gemeinschaften, in denen der Anteil bis zu 12 und 14% geht. Wir werden bei uns einen solchen Prozentsatz wahrscheinlich nicht so schnell erreichen, weil wir sehr viele Jugendliche haben. Aber auch bei uns nimmt der Prozentsatz an alten Menschen zu, sodaß dieses Problem auch auf weitere Sicht hin angegangen werden muß.

Ich möchte daher vor allen Dingen die Wichtigkeit dieses Problems in den Blickpunkt rücken und in Diskussion stellen. Sehen Sie, Altersheime, die nicht entsprechen, sind nicht

nur ein Bekenntnis der Nichtwertschätzung des alten Menschen, sondern werfen auch die Frage auf: Werden wir das Personal in solchen Heimen halten können oder überhaupt dafür bekommen? Leider kommt es in den letzten Jahren immer wieder vor, daß Personal — es handelt sich in diesem Fall um Schwestern, weil die Altersheime größtenteils von Schwestern geführt werden — aus gesundheitlichen Gründen abgezogen werden mußte, weil das Arbeitsmilieu — Altersheime haben z.B. sehr of Steinböden — zu ungesund ist. Es muß daher auch die Frage der Betreuung des alten Menschen wie überhaupt die Frage des Personals in die Frage der Neuordnung und Aufwertung der Altersheime einbezogen werden, z.B. die Frage, woher das Personal bekommen und dann die seiner Bezahlung. Ich glaube, wir wissen alle, daß die Gehälter, die zur Zeit dem Personal der Altersheime bezahlt werden, sich um die 8-12-15.000 Lire belaufen. Ich glaube, es gibt sehr wenige höhere Gehälter, vielleicht in den Schwerpunktaltersheimen der Städte, aber durchschnittlich ist das Gehalt so. Mit einem solchen Gehalt kann man keine Kräfte bekommen. Deshalb: Was nützt uns der Bau oder der Umbau der Heime, wenn nicht gleichzeitig auch die Frage des Betreuungspersonals aufgegriffen wird?

Wenn wir vom Betreuungspersonal sprechen, ist, glaube ich, auch zu überlegen, ob nicht auch Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten, um Altenpflegerinnen in den größeren Zentren anzustellen, die die alten Menschen in ihren Wohnungen betreuen. Dies käme vielleicht billiger, als die Unterbringung in Altersheimen; außerdem werden die alten Menschen nicht früher als notwendig aus ihrer persönlichen Atmosphäre herausgerissen, die sie sich ja ein Leben lang aufgebaut haben.

Dann ist noch die Frage der Führung der

Altersheime. Aus einer Information, die ich mir eingeholt habe, ist ersichtlich, daß ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz alter Menschen eine Rente bezieht. Aus einem Überblick, den ich ungefähr über 26 bis 30 Heime habe, ergibt sich, daß die Rentenansprüche, und zwar handelt es sich hier um Mindestrenten, sich um die 45% belaufen, und daß die selbsttragenden Kostenträger in diesen Heimen sich auf 23% belaufen. Daraus ergibt sich die Frage des Personals, die Frage der Führung der Heime, z.B. auch ob sich ein alter Mensch in diesen Heimen auch genügend Licht leisten kann, auch, ob die richtige Ernährung gegeben werden kann. Das alles hängt wesentlich davon ab, ob das nötige Geld da ist. Sie mögen vielleicht denken, das sind Randprobleme, aber wenn wir diese Angelegenheit angehen, dann müssen wir sie global angehen. Sonst werden wir irgendwo ein Loch stopfen um auf der anderen Seite ein neues aufzureißen.

Es ergibt sich also die Frage der Restaurierung, der Instandsetzung, der Erweiterung der Heime, aber gleichzeitig auch die der Überprüfung der Möglichkeiten der Führung dieser Heime. Und hier müßte man den Verwaltungen zur Hand gehen können. Wenn man nur sieht, wann die Heime gebaut wurden, kann man sich vorstellen in welchem Zustand die Heime sind. Der Großteil unserer Heime geht zumindest auf das letzte Jahrhundert zurück. Wir haben Heime, die auch im 17. Jahrhundert entstanden sind, es gibt sogar Zahlen von 1290, des öfteren 1600; das 1800 kommt schon sehr oft vor. Diese Zahlen sprechen natürlich schon ihre eigene Geschichte. Es ist im letzten Jahr schon sehr viel für diese Sache getan worden, aber es muß noch mehr getan werden. Deshalb würde ich bitten, daß dem zuständigen Amt auch eine Summe zur Verfügung gestellt wird. Anders

kann ich mir nicht vorstellen, wie das Problem gelöst werden kann.

Dann ist noch die Frage der Trostreten. Ich möchte einmal bitten, die Situation der Trostreten zu prüfen. 5.000 Lire sind bestimmt schön und die Rentner freuen sich auch darüber; aber wir alle wissen, daß 5.000 Lire kein Lebensminimum darstellen. Eine 20%ige Erhöhung würde für uns nur 1.000 Lire bedeuten. Überlegen wir uns einmal, ob eine Überprüfung der Situation nicht möglich wäre.

Eine weitere Frage, die schon dreimal in Bilanzdebatten vorgetragen wurde und noch keiner Lösung zugeführt werden konnte, ist die einer Minimalrente für geistig behinderte Erwachsene, so wie es eine solche für Körperbehinderte gibt. Eine solche Rente war schon ungefähr in Aussicht gestellt worden, aber bis jetzt fehlt völlig noch eine diesbezügliche Konkretisierung. Ich würde daher den Regionalausschuß bitten, das Gesetz über die Körperbehinderten zu erweitern, um die geistig behinderten Erwachsenen miteinzubeziehen. Offen ist auch die Frage der Unterbringung dieser Menschen, wenn sie einmal alt und bettlägerig sind, also die Frage der sogenannten « cronicari ». Ich glaube, auch das muß uns ernsthaft beschäftigen.

Die nächste Frage betrifft die Gesundheitsvorsorge. Man spricht z.B. von einem besseren Einsatz hinsichtlich der Gesundheitsvorsorge auf dem Gebiet der Tumore. Das ist alles gut und recht, aber was vorest fehlt, ist ein Gesamtplan seitens des Regionalassessorats im Gebiet des Gesundheitswesens, z.B. wie die Frage der Gesundheitsvorsorge überhaupt in Angriff genommen werden soll. Es gibt wohl die Möglichkeit, Kinder in Ferienkolonien zu schicken, aber es müßten auch andere Möglichkeiten ausgearbeitet werden, so z.B. die Müttererholung, von der ich schon einmal gespro-

chen habe, sowie auch die Altenerholung. Dann die Frage des Sanitätspersonals bzw. der Hilfskräfte für die Gemeindeärzte. Dann die Frage der Hebammen, wie wird die gelöst? Das ist ebenfalls eine Frage, die jetzt seit zwei, drei Jahren hinausgezogen wird und für die noch keine Lösung in Aussicht gestellt wurde.

Weiters möchte ich fragen: Auf Seite 61 des Gesetzes 625 über die Körperbehinderten wird auch die Möglichkeit einer Um- und Einschulung, also einer Eingliederung dieser Behinderten in das Berufsleben einbezogen. Leider ist mir nicht bekannt, was hier konkret geschehen ist, weshalb ich darum bitten würde, mir diese Möglichkeiten aufzuzeigen, denn auch diese Frage ist sehr ernst zu nehmen. Diese Frage der Eingliederung erwachsener Behinderter ins Berufsleben muß eingehend gespürt und dringend gelöst werden.

Das einmal zur allgemeinen Situation. Ich werde mir dann erlauben, zur gegebenen Zeit noch auf Einzelheiten einzugehen.

(Vorrei illustrare brevemente alcuni punti fondamentali, nella speranza che essi, e soprattutto quello concernente le case di riposo, li si possa trattare ancora nel corso della discussione articolata. Ho l'impressione che queste questioni non vengano soppesate e seguite dal Consiglio e dalla Giunta regionale nella dovuta misura. Reputo assolutamente necessario che nel campo dell'assistenza social-sanitaria la nostra linea politica, basata finora sul sostanziale concetto della carità, venga integrata da un più moderno criterio di giustizia, atto a garantire all'uomo i suoi diritti. Qualcosa è stato certo fatto in tal senso, ma credo che quel qualcosa sia assolutamente insufficiente, per cui dovremo adoperarci con più energia e dinamismo se vorremo conseguire un risultato consono alle attuali esigenze di vita.)

Alcune settimane orsono venne inoltrata, relativamente alle opere di previdenza per la vecchiaia, una mozione nella quale, oltre ad un chiaro cenno sulle necessità esistenti in questo campo, si chiedeva di regolare la questione una volta per tutte, vuoi stanziando sul capitolo « spese per lavori pubblici » un contributo, se così posso definirlo, per la sistemazione, l'ampliamento e la costruzione di nuove case di riposo, vuoi — il che sarebbe ancor meglio — creando per dette case un'apposita legge di finanziamento. In tal modo verrebbero soprattutto date chiare direttive ai Comuni ed agli altri enti assistenziali. Noto però che nel novero delle leggi da approvarsi entro l'anno in corso, non figura alcun provvedimento in tal senso. La mozione venne a suo tempo rinviata con preghiera che la si riproponesse, per la trattazione, nel corso del dibattito sul bilancio, per cui spero sia data ora l'occasione di discuterla nell'ambito appunto di questo dibattito.

Mai come oggi abbiamo avuto una prospettiva tanto chiara e completa sulla situazione delle nostre case di riposo. Vorrei comunque premettere come io sia ancor sempre dell'avviso che la miglior soluzione del problema concernente i vecchi non è rappresentata propriamente dalle case di riposo; l'ideale per essi sarebbe infatti l'assistenza nell'ambito familiare. Ma tutti sappiamo purtroppo che l'attuale strutturazione sociale rende, salvo rari casi, pressoché impossibile quest'ultima soluzione, per cui esso l'alternativa più che giustificata di vere e proprie case di riposo, con la qual cosa intendo ovviamente dimore in cui i nostri vecchi possano sentirsi a proprio agio, in cui trovino la protezione ed il calore del focolare domestico.

Da un lato sussiste dunque il dato di fatto dell'impossibilità, per la maggior parte delle famiglie, di assistere i loro vecchi congiunti,

mentre dall'altro vi è nella società il costante aumento di persone anziane bisognevoli appunto di assistenza. In Alto Adige, ad es., il numero di persone in età superiore ai 65 anni si aggira attualmente sul 7%; una percentuale relativamente bassa rispetto a quella di altre Regioni ove se ne registra il 12-14%; quote cioè che, dato il forte numero di giovani componenti la nostra popolazione, sono per noi forse ancora lontane. Comunque, siccome la nostra percentuale è senza dubbio destinata a salire, è necessario affrontare il problema anche e soprattutto sotto tale aspetto.

Case di riposo inadeguate alle esigenze, oltre a denotare noncuranza e dispregio verso gli anziani ospiti, ci pongono, signori, anche il problematico quesito: riusciremo a conservare il personale assistenziale già in servizio, o addirittura a trovarne altro? Si è infatti ripetutamente verificato in questi ultimi anni che il personale — trattasi nella fattispecie di suore — ha dovuto abbandonare il servizio per motivi di salute essendo, ad es., quasi tutte le case di riposo pavimentate a mattonelle, il che rende l'ambiente insalubre. La questione dell'assistenza ai vecchi, nonché quella specifica del personale — cioè come trovarlo questo personale e come poterlo pagare adeguatamente — vanno quindi inserite nel globale problema di riordinamento e rivalutazione delle case di riposo. Tutti sappiamo penso, che attualmente gli stipendi di detto personale si aggirano sulle 12 o massimo 15.000 lire mensili. Credo che eccezion fatta forse per il personale di case di riposo site nei punti nevralgici delle città, le paghe siano in media quelle anzidette, per cui è ovvio che non si riesca, a tali condizioni, trovare del personale. A che serve pertanto riorganizzare le case di riposo qualora non si provveda contemporaneamente al necessario personale?

E sempre a tal proposito credo andrebbe vagliata magari anche la possibilità di un finanziamento atto a consentire di impiegare, nei centri più popolati, del personale che assistesse i vecchi direttamente in casa loro; ciò sarebbe forse meno costoso dei ricoveri in casa di riposo, senza contare che si conseguirebbe in tal modo di non strappare anzitempo i vecchi da quel focolare domestico che è stata la ragione della loro vita.

Vi è poi il problema concernente l'amministrazione delle case in parola. Da informazioni assunte personalmente emerge quanto bassa sia nelle case di riposo la percentuale di coloro che fruiscono di una pensione. L'esito di una inchiesta svolta in 26 o 30 case ha messo infatti in luce che assommano al 45% gli aventi diritto ad un minimo di pensione, ed al 23% quelli in grado di provvedere da soli al proprio mantenimento. Ed ecco quindi sorgere il problema del personale nonché il problema amministrativo che abbraccia, quest'ultimo, anche la problematica questione della illuminazione e del vitto, ovvero se le case di riposo siano in grado di provvedere adeguatamente in merito. Tutto ciò dipende ovviamente dalla disponibilità finanziaria. Questi potranno forse essere da voi considerati problemi marginali, comunque se vogliamo trattare la faccenda dobbiamo farlo in maniera radicale, altrimenti ci troveremo a tappare una falla da qualche parte per doverne poi aprire una nuova da qualche altra parte.

Si pone dunque il problema della restaurazione, manutenzione ed ampliamento delle case di riposo, ma contemporaneamente anche quello relativo al funzionamento, per il quale dovremmo appunto poter dar una mano alle rispettive amministrazioni. Pensando a quanto indietro risale la costruzione di gran parte di queste case di riposo, non è difficile immaginare in quale stato si trovino. Abbiamo infatti edi-

fici la cui costruzione risale al 17° secolo o addirittura al 1290; ve ne sono poi del 1600 e parecchi del 1800. Cifre del genere sono, credo più significative di qualunque altra citazione. Ammetto che lo scorso anno è stato, in merito, fatto assai, ma comunque non sufficientemente, per cui prego appunto di mettere a disposizione del preposto ente i fondi necessari; non vedo infatti come si potrebbe altrimenti conseguire una soluzione del problema.

Vi sarebbe da esaminare poi la questione dell'assegno mensile. Anche se 5.000 lire sono di per sé già qualcosa di cui i vecchi pensionati si rallegrano, tutti sappiamo però che tale cifra non è adeguata neppure al costo minimo di vita. Un eventuale aumento del 20% comporterebbe per noi un aggravio di appena 1.000 lire; pertanto credo proprio che andrebbe preso in considerazione un possibile riesame della situazione.

Un ulteriore problema che è già stato discusso, peraltro senza alcun esito, in ben tre dibattiti sul bilancio, è quello concernente l'assegnazione di una pensione ai menomati psichici, così come è stato fatto per i menomati fisici. Un assegno del genere era stato più o meno già previsto, ma tale previsione è ben lungi dallo essersi concretizzata. Pregherei pertanto la Giunta regionale di voler provvedere in merito, inserendo nell'apposita legge, concernente i menomati fisici, anche le disposizioni per i menomati psichici. Sempre in merito a questi derelitti resta inoltre aperta la questione relativa ad un loro ricovero allorquando saranno vecchi e bisognevoli di continua assistenza, per cui si pone appunto il serio problema dei cosiddetti « cronicari ».

Vi è inoltre la questione concernente l'assistenza sanitaria. Si parla ad esempio di una più efficace lotta contro i tumori. Ciò è più che giusto, ma quello che manca è anzitutto un pro-

gramma generale che la Giunta regionale dovrebbe elaborare sul problema in tutto il suo complesso, anche per sapere come affrontare appunto la faccenda dell'assistenza sanitaria. È vero che ci è offerta la possibilità di inviare i bambini nelle colonie estive ma, come ebbi già a dire in altra occasione, anche le mamme e le persone anziane avrebbero bisogno di un soggiorno estivo, e sarebbe perciò bene provvedere in merito. Abbiamo poi il problema sanitario — nella fattispecie la necessità di assistenti per i medici condotti. E come si pensa di risolvere la questione concernente le ostetriche? Anche per quest'ultima infatti, ormai in discussione da due o tre anni, non vi è in vista soluzione alcuna.

Ed ancora una cosa; a proposito della legge 625 che, relativamente ai menomati fisici, prevede a pag. 61 la rieducazione ed addestramento professionale atti ad inserire questa gente nella vita sociale, vorrei sapere, dato che non ne sono al corrente, cosa di concreto sia stato fatto in merito, dato che anche questo è problema da trattarsi con impegno e sollecitudine.

Questa dunque la situazione in generale, sulla quale mi permetterò peraltro di entrare nei particolari al momento opportuno.)

PRESIDENTE: Nessuno prende più la parola? Bene, allora sospendo la seduta per cinque minuti e alla ripresa, se nessuno prende più la parola, dovrò chiudere la discussione generale.

La seduta è sospesa per cinque minuti.

(Ore 11.50).

Ore 12.07

PRESIDENTE: La seduta riprende.

La parola al cons. Spoegler.

SPÖGLER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir im Zusammenhang mit der Generaldebatte vorerst einige Probleme des Fremdenverkehrs anzuschneiden, um dann noch einige weitere Probleme, die der Präsident des Regionalausschusses in seinem Bericht aufgeworfen hat, einer kurzen Analyse zu unterziehen.

Es ist hinlänglich bekannt, daß der Fremdenverkehr im vergangenen Jahr einen merklichen Rückgang zu verzeichnen hatte, und wir kennen auch mehr oder weniger alle die verschiedensten Ursachen, die diesen Rückgang zur Folge gehabt haben. Ich möchte auch nicht auf diese verschiedenen Ursachen eingehen, die, wie gesagt, allen bekannt sind, und möchte auch nicht mit Zahlen aufwarten, die Sie langweilen könnten und von denen ich annehmen darf, daß sie den Herren Regionalratsabgeordneten ja zur Genüge gekannt sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, daß der Rückgang in einigen Fremdenverkehrsgebieten der Region besonders stark war, wobei ich z.B. an das Pustertal erinnern darf, wo wir Rückgänge bis zu 50% zu verzeichnen haben. Wenn sich auch die offiziellen Angaben nur um die 30 bis 35% belaufen, so sind in Wirklichkeit diese Rückgänge noch spürbarer gewesen, weil gerade die Fremdenverkehrskreise z.B. des Pustertales durch Kontrollen und Hausdurchsuchungen, die dort im letzten Sommer weitgehendst vorgenommen wurden, gezwungen waren, alle Übernachtungen genauestens zu melden. Wir wissen, daß natürlich dadurch verschiedene Beherbergungsbetriebe in große Schwierigkeiten geraten sind und nicht

nur diese einen starken Ausfall in den Einnahmen zu verzeichnen hatten, sondern daß auch das Personal nicht zu jenen Einnahmen gekommen ist, die für dasselbe unbedingt notwendig sind, um leben zu können.

Nun, nachdem dieser Rückgang im vergangenen Jahr nun einmal stattgefunden hat, so, glaube ich, müssen sich die verantwortlichen Leute in der Region und im Lande Gedanken darüber machen, wie im heurigen Jahr und in den folgenden Jahren dieser Rückgang wieder aufgeholt werden kann. Ich glaube, daß es hierfür verschiedener Initiativen bedarf und ich kann ruhig sagen, daß der Regionalausschuß sich diesbezüglich auch etwas einfallen hat lassen, mit anderen Worten, das Gesetzesvorlagen vorbereitet worden oder in Vorbereitung sind, um verschiedene Maßnahmen auf dem Sektor des Tourismus zu treffen. Ich glaube aber, daß nach wie vor die wichtigste Maßnahme zur Ankurbelung des Fremdenverkehrs eine verstärkte Propagandatätigkeit wäre. Nun wissen wir aber leider zur Genüge, daß unsere Landesfremdenverkehrsämter, unsere Kurverwaltungen, unsere Verkehrsvereine viel zu wenig Gelder zur Verfügung haben, um eine verstärkte Propaganda durchführen zu können. Viele Institutionen auf dem Sektor Fremdenverkehr haben nicht einmal mehr die notwendigen Gelder, um die normale, bisher getätigte Propaganda durchführen zu können, geschweige denn eine verstärkte Propaganda, die unbedingt notwendig wäre.

Der Regionalausschuß, der auf diesem Gebiet zuständig ist, müßte unseres Erachtens diesen Institutionen, die vom Gesetz vorgesehen sind, unbedingt mehr Gelder für die Propaganda zur Verfügung stellen. Wir müssen endlich einmal dieses Problem energisch angehen und — es wird vielleicht übertrieben

sein —, aber irgendwie ein für allemal durch größere Finanzierungen lösen.

Es ist mir bekannt, daß der Regionalausschuß im heurigen Jahr in Zusammenarbeit mit den Landesfremdenverkehrsämtern eine Sonderaktion in Frankreich zu starten gedenkt. Ich glaube, daß diese Sonderaktion in Frankreich, die, wenn ich nicht irre, bei 40 Millionen Lire zu stehen kommen wird, sicherlich eine sehr gute Aktion ist, die auch ihre Früchte zeitigen wird. Das Landesfremdenverkehrsamt der Provinz Bozen ist aber der Ansicht, daß unbedingt auch im Inland, also in Italien, eine verstärkte Propaganda vorgenommen werden müßte, wozu natürlich außerordentliche Einnahmen, außerordentliche Mittel notwendig sind, die das Landesfremdenverkehrsamt jedoch in keiner Weise zur Verfügung hat. Um eine verstärkte Propaganda im Inland durchführen zu können, die, wie ich glaube, gerade im Hinblick auf den Ausfall des vergangenen Jahres seitens der inländischen Gäste, mit anderen Worten der Italiener, von großer Bedeutung wäre, hat das Landesfremdenverkehrsamt der Provinz Bozen einen detaillierten Kostenvoranschlag ausgearbeitet, der sich auf eine Höhe von 20 Millionen Lire beläuft. Ich glaube, das Landesfremdenverkehrsamt wird diesen Kostenvoranschlag dem zuständigen Assessorat in diesen Tagen zuleiten, weshalb ich hier nicht weiter darauf eingehen will.

Ich darf an dieser Stelle den Regionalausschuß und besonders den zuständigen Assessor ersuchen, Mittel und Wege zu suchen und zu finden, damit diese Sonderaktion im Inland, in Italien seitens des Landesfremdenverkehrsamtes gestartet werden kann, und wir behalten uns vor, eventuell zusammen mit dem Kollegen Agostini, der auch die Ehre hat, die Region bzw. die Provinz Bozen im Landesfremdenverkehrsamt zu vertreten, anlässlich dieser

Generaldebatte eine diesbezügliche Tagesordnung einzubringen. Wir wissen, daß eine solche Sonderaktion in Italien mit einem gewissen Risiko verbunden ist, da diese Ausgaben unter Umständen zunichte gemacht werden können oder nicht zu jenem Erfolg führen könnten, wenn zu Beginn des besseren Jahreszeit die Terroraktionen in Südtirol wiederum aufgenommen werden sollten. Aber ich glaube, daß die Region oder das Landesfremdenverkehrsamt ein solches Risiko nun einmal eingehen muß.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein weiteres Problem anschnitten, und zwar das der Aufteilung der Staatsgelder laut Gesetz Nr. 174 vom 4.3.1958 an die beiden Landesfremdenverkehrsämter von Bozen und Trient. Wie Sie alle wissen, erfolgt die Aufteilung dieser Staatsgelder fifty-fifty, d.h. 50% an das Landesfremdenverkehrsamt Bozen und 50% an das Landesfremdenverkehrsamt Trient. Das Gesetz Nr. 174 schreibt aber für die Aufteilung dieser Staatsgelder genaue Kriterien vor, nämlich: die Aufteilung hat im Verhältnis zur touristischen Bedeutung der Zone, zu den touristischen Einrichtungen und zu den Übernachtungen, die in den betreffenden Provinzen verzeichnet werden, zu erfolgen. Was nun das Verhältnis der touristischen Bedeutung der beiden Provinzen betrifft, können genaue Unterlagen geliefert werden, deren Zahlen eine klare Sprache sprechen. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß in der Provinz Bozen im Jahre 1965 nur in den Beherbergungsbetrieben — das Gesetz spricht nämlich nur von Beherbergungsbetrieben — 3.848.000 Übernachtungen zu verzeichnen waren; das sind 62,97% der Übernachtungen insgesamt. Hingegen in der Provinz Trient machen die Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben nur 2.323.000 aus, was nur

32,2% der Übernachtungen insgesamt ausmacht.

Was die Übernachtungen der Inländer und der Ausländer betrifft, haben wir im Jahre 1965 folgendes Verhältnis: Übernachtungen der Inländer, der Italiener, in der Provinz Bozen 1.708.000, Übernachtungen der Ausländer in der Provinz Bozen 4.402.000; die Zahlen der Provinz Trient: Übernachtungen der Inländer 6.108.000, Übernachtungen der Ausländer 1.111.000. Aus diesen Zahlen ersieht man, welche große Bedeutung der Auslandstourismus in der Provinz Bozen hat, wo die Übernachtungen der Ausländer 72% ausmachen, während in der Provinz Trient die Übernachtungen der Ausländer nur 15,4% betragen.

Ein weiteres Kriterium für die Aufteilung dieser Staatsgelder auf Grund des Gesetzes 174 sind die Einnahmen aus der Aufenthaltssteuer. In der Provinz Bozen wurden im Jahre 1965 193.837.000 Lire an Aufenthaltssteuer einkassiert, das sind 60%, in der Provinz Trient nur 128.537.000, das sind 40%. Im Jahre 1966 wurden in der Provinz Bozen 223.373.000 Lire und in der Provinz Trient 132.943.000 Lire eingenommen; das sind 62% in der Provinz Bozen und 38% in der Provinz Trient. Aus diesen Zahlen geht ganz klar hervor, wie unterschiedlich die touristische Bedeutung der beiden Provinzen und um wieviel größer die touristische Bedeutung der Provinz Bozen im Vergleich zur Provinz Trient ist.

Noch ein anderes Kriterium des Gesetzes 174 ist die Beherbergungskapazität, also die touristische Aufnahmefähigkeit, und da liegen die Dinge ähnlich: bei 60% in der Provinz Bozen und bei 40% in der Provinz Trient.

Herr Assessor! Ich wollte diese Zahlen einmal im Regionalrat vorbringen, damit man sieht, daß diese Kriterien, die das Gesetz genau vorschreibt, seitens des Regionalausschusses

keine Berücksichtigung finden. Somit bin ich der Meinung, Herr Assessor, daß das Gesetz 174 nicht richtig angewendet wird, mit anderen Worten, daß die Region in diesem Fall ein gesetzwidriges Vorgehen an den Tag gelegt hat. Es bestehen hier einerseits klare vom Gesetz vorgeschriebene Kriterien und auf der anderen Seite ganz klare Zahlen für die Auslegung dieser Kriterien.

Das zweite Problem betrifft die Aufteilung der Regionalgelder an die Landesfremdenverkehrsämter. In diesem Zusammenhang muß man den Assessor und den Regionalausschuß allgemein daran erinnern, daß dem Landesfremdenverkehrsamt der Provinz Bozen durch die gesetzlich vorgeschriebene Doppelsprachigkeit bedeutend größere Auslagen erwachsen als dem Landesfremdenverkehrsamt Trient. Sie wissen, Herr Assessor, daß durch die Doppelsprachigkeit, die gesetzlich vorgeschrieben ist, das Landesfremdenverkehrsamt alle Prospekte, Formulare usw. doppelsprachig herausgeben muß. Sie wissen auch, daß wegen der Doppelsprachigkeit beim Landesfremdenverkehrsamt Bozen einige Beamte mehr angestellt werden müssen und daß auf Grund dieser Doppelsprachigkeitsbedingungen demselben eine Mehrauslage von mindestens 5 Millionen Lire erwächst. Ich glaube mit Recht behaupten zu dürfen, daß es an der Zeit wäre, diesen Mehrauslagen, die dem Landesfremdenverkehrsamt Bozen auf Grund bestehender Gesetze erwachsen und nachweisbar sind, endlich Rechnung zu tragen und daß daher diese 5 oder mehr Millionen Lire beim zuständigen Assessorat der Region berücksichtigt werden müßten.

Ich möchte noch ganz kurz auf das Gesetz 614 für die unterentwickelten Gebiete, die Berggebiete, eingehen. Da steht im Bericht des Herrn Präsidenten, daß der Ministerrat am 27. Juli 1967 einen Vorschlag gemacht hat, der am

31. Juli vom Interministeriellen Komitee für die wirtschaftliche Programmierung gutgeheißen bzw. genehmigt wurde. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß Gemeinden mit 3.000 Fremdenbetten in den Beherbergungsbetrieben und mit einer Übernachtungszahl von 1 Million global gesehen, also einschließlich der Zwischenbeherbergungsbetriebe, von den Begünstigungen des Gesetzes 614 auszuschließen sind. Durch die Anwendung dieses Kriteriums sind im Gebiet von Mittel- und Norditalien verschiedene Gemeinden von den Begünstigungen des Gesetzes 614 ausgeschlossen worden. In der Region Trentino-Südtirol trifft es aber einzig und allein die Gemeinde Meran.

Ich möchte in diesem Zusammenhang den Herrn Präsidenten des Regionalausschusses, der ja meines Wissens bei der Sitzung des Interministeriellen Komitees für die wirtschaftliche Programmierung anwesend war, fragen, wie er sich zur Anwendung dieses Kriteriums gestellt hat. Ich möchte nur daran erinnern, daß für Gemeinden wie z.B. Lana und Leifers irgendwie « ad arte » eine Ausnahmebestimmung durchgesetzt wurde. Mit anderen Worten, es wurde erreicht, daß zwei Gemeinden in der Provinz Bozen — Lana und Leifers — als unterentwickelte Gemeinden klassifiziert worden sind, obwohl beide an und für sich im Sinne des Gesetzes sicher nicht als unterentwickelte Gemeinden angesehen werden können. Man hat also für diese beiden Gemeinden, im Hinblick auf eine gewisse Industrialisierung in denselben, eine Ausnahme gemacht, wogegen ich durchaus nichts einzuwenden habe. Ich frage den Herrn Präsidenten des Regionalausschusses nur, ob man in Anbetracht der besonderen Lage, in welcher sich die Gemeinde Meran, als großer und bedeutendster Kurort der Region, als Fremdenverkehrsort traditioneller Art, befindet, nicht auch für diese Gemeinde eine

Ausnahmebestimmung in der wirtschaftlichen Programmierung bzw. im Gesetz 614 hätte aufnehmen können. Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das Problem Merans nicht darin besteht, daß für die Entwicklung des Fremdenverkehrs große Bedenken bestünden. Es ist nicht so, daß die Gemeinde Meran für den Fremdenverkehr an Anziehungskraft verloren hätte; das beweisen ja die Übernachtungszahlen der letzten Jahre und das beweist nicht zuletzt auch der sehr geringe Rückgang, den die Gemeinde Meran im vergangenen Jahr im Vergleich zu anderen Fremdenverkehrsarten zu verzeichnen hatte. Aber das Problem der Entwicklung des Fremdenverkehrs in Meran besteht meines Erachtens darin, daß Meran eben zum Unterschied von vielen anderen Fremdenverkehrsarten der Region ein Fremdenverkehrsort traditioneller Natur ist und somit eben Probleme in sich birgt, die andere Fremdenverkehrsorte neueren Datums nicht aufweisen. Mit anderen Worten, das Problem Merans besteht darin, daß wir zum Teil veraltete Hotels und zum Teil veraltete Kureinrichtungen haben, die mittels Begünstigungen, vielleicht gerade im Sinne des Gesetzes 614 modernisiert werden könnten. Wenn es möglich war, für Lana und Leifers Ausnahmebestimmungen durchzusetzen, dann glaube ich, wäre es vielleicht auch für die Stadt Meran möglich gewesen, solche Ausnahmebestimmungen bei den Durchführungsbestimmungen zum Gesetz 614 durchzusetzen.

Der Herr Präsident des Regionalausschusses hat in seinem Bericht auch das Problem der Verkehrsverbindungen in der Region angeschnitten und dabei meines Erachtens ganz interessante Vorschläge gemacht. Der Herr Kollege Gouthier hat schon ganz kurz auf dieses Problem hingewiesen. Der Herr Präsident des Regionalausschusses stellt sich vor, daß zusätz-

lich zur Brenner-Hauptachse noch Seitenverbindungen erstellt werden müßten, z.B. eine Seitenverbindung, eine Achsenverbindung, eine sogenannte Dreieckverbindung zwischen dem Val Sugana-Tal über das Mittelgebirge hinaus bis nach Brixen einerseits, und eine andere Seitenverbindung vom Gardasee über Madonna di Campiglio, den Nonsberg bis nach Meran. Sicher sind solche Vorschläge zur verkehrstechnischen Erschließung der Region sehr interessant, aber ich möchte dieselben — Herr Präsident, haben Sie es mir nicht übel! — Zukunftsmusik oder Zukunftssinfonien nennen, denn ich glaube, es wäre doch vielleicht besser, wenn wir unsere Gedanken, unsere Anstrengungen auf den verschiedensten Ebenen auf die Gegenwart konzentrieren würde. Es wäre besser, unsere Rechte und unsere finanziellen Mittel auf die Gegenwart und auf die unmittelbare Zukunft zu konzentrieren, und wir sollten die Probleme, die in der fernen Zukunft eine Lösung, sicher zum Segen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Region, erfahren werden, vielleicht lieber den Futurologen überlassen. Ich möchte den Herrn Präsidenten des Regionalausschusses ersuchen, jetzt an jene Probleme zu denken, die höchst aktuell sind, und mit aller Energie und ohne Verzögerung an die Lösung jener Probleme heranzugehen, die unaufschiebbar sind. Ich glaube, daß zur Lösung jener Verkehrsprobleme, die höchst aktuell sind und keine Zukunftsprojekte darstellen, der Herr Präsident der Region zusammen mit den Präsidenten der Landesausschüsse von Bozen und Trient in Rom bei den zuständigen Stellen intervenieren müßte.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Probleme, die Sie alle kennen und die unaufschiebbar sind und mit aller Energie angegangen werden müssen. Sie wissen, Herr Präsident des Regionalausschusses, in welchem Zu-

stand sich die Brennerstraße befindet, und alljährlich wiederholt sich dasselbe Phänomen auf dieser internationalen Straße, die große Bedeutung nicht nur für die Region, sondern für die ganze Wirtschaft des Landes, der Nation hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die un aufschiebbar gewordene Notwendigkeit, eine bessere Verbindung, wenn Sie es so nennen wollen, zwischen Bozen, Meran und weiter hinauf bis zum Reschen herzustellen. Wir kennen auch das Problem der Valsugana oder das Problem des Anschlusses von Riva an die Brennerautobahn. Das scheinen mir die Probleme zu sein, die von unmittelbarer Wichtigkeit sind und die eben so schnell wie möglich angegangen und einer Lösung zugeführt werden müssen. Sonst wird es uns passieren, daß unsere Region, wenn die Brennerautobahn einmal erstellt sein wird — es wird ja hoffentlich nicht mehr sehr lange, nicht mehr sehr viele Jahre dauern —, hauptsächlich ein Durchzugsland darstellen wird und wir nicht in der Lage sein werden, die Fremdenströme in unserem Land, in unserer Region aufzuhalten.

Der Herr Präsident des Regionalausschusses hat sich in seinem Bericht auch mit dem Problem der Bergbauern beschäftigt. Ich muß anerkennend gestehen, daß der jetzige Präsident des Regionalausschusses, wie aus seinem Bericht zum Haushalt hervorgeht, ziemlich viel Verständnis für dieses schwerwiegende Problem der Bergbauern aufbringt. Man merkt in diesem Zusammenhang ganz deutlich, daß der jetzige Präsident des Regionalausschusses Assessor für Bergwirtschaft war, und ich glaube, es würde vielleicht nicht schaden, wenn der Assessor für Bergwirtschaft alle zwei Jahre ausgewechselt würde, damit alle Assessoren des Regionalausschusses dieses Schwerwiegende Problem der Bergwirtschaft besser kennenlernen würden.

Der Herr Präsident des Regionalausschusses hat in diesem Zusammenhang für eine dezentralisierte Zentralisation plädiert, ich glaube im Sinne der wirtschaftlichen und sozialen Programmierung der Provinz Bozen, indem er eben für diese Kompensorien, für diese Talgemeinschaften die Lanze gebrochen hat, und zwar aus den verschiedensten Gründen, die ich hier nicht wiederholen möchte. Ich glaube, daß das Problem der Bergbauern überhaupt nur durch die Schaffung von solchen Schwerpunkten in der Peripherie in zufriedenstellender Weise gelöst werden kann, nur durch die Dezentralisierung, durch die Abgabe von Verwaltungsbeugnissen vom Zentrum an gewisse Schwerpunkte der Peripherie, damit die fähigen Leute dort bleiben, dort tätig sein können, wo die Probleme hauptsächlich bestehen und am meisten den Schuh drücken. Die Probleme können auf diese Weise aus unmittelbarer Sicht heraus in praktischer Weise gelöst werden, indem die freiwerdenden Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft — und es werden noch mehr Arbeitskräfte frei werden — in unmittelbarer Nähe ihres Wohnsitzes Arbeit finden können und die Unterbeschäftigten — ich glaube, die Unterbeschäftigten stellen das Hauptproblem auf dem landwirtschaftlichen Sektor dar — in ihrer Umgebung, in der gewohnten Umwelt oder in nicht allzu weiter Entfernung eine Beschäftigung finden können.

Sie haben in Ihrem Bericht gesagt, daß die Region bereit wäre, für diese Entwicklung, wie Sie sie ganz kurz skizziert haben, einen ziemlich hohen Preis zu zahlen, und ich möchte in diesem Zusammenhang fragen, genauso wie der Kollege Gouthier, ob das eine « scelta politica » des Regionalausschusses ist, ob sich der Regionalausschuß diese Dezentralisierung als politische Zielsetzung gestellt hat, oder ob das nur eine persönliche Meinung von Ihnen ist,

Herr Präsident, die Sie sich aus der Erfahrung als Assessor für Bergwirtschaft bilden konnten. Ich bin mit Ihnen jedenfalls einverstanden, wenn Sie sagen, daß für eine Entwicklung in dieser Richtung ein gewisser Preis bezahlt werden muß. Wir dürfen nämlich den Bergbauern nicht nur als den Schützer des Bodens usw., wie der Kollege Steger gestern gesagt hat, betrachten, sondern wir müssen ihn auch als den Gärtner der bergbäuerlichen Kulturen ansehen, als den Schützer und den Pfleger nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Landschaft selbst, Und wenn oft Beispiele gemacht werden, wie das Problem der Bergbauern in anderen Ländern gelöst wird, so, glaube ich, müssen wir diese Beispiele nicht unbedingt kopieren. Wir haben in den vorgangenen Monaten, im Oktober, als Mitglieder der Kommission für Fremdenverkehr und Industrie Gelegenheit gehabt, den französischen Alpenraum kennenzulernen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir haben dort gesehen, wie man es zum Teil — ich möchte jetzt nicht alles verurteilen — *nicht* machen soll. Wenn man auf der einen Seite ganze Dörfer aussterben läßt, schöne Gebirgsdörfer, so wie im französischen Alpenraum, und auf der anderen Seite im selben Berggebiet Städte im wahrsten Sinn des Wortes aus dem Boden stampft mit 4-5-6-7.000 Fremdenbetten, mit Wolkenkratzern mit 12 bis 5 Stockwerken, dann, glaube ich, ist das eine Entwicklung, die vielleicht modern sein mag, die gewisse Vorteile sicher bieten mag, aber die wir nicht nachzuahmen brauchen. Denn ich kann mir nicht vorstellen — vielleicht entspricht das heute noch der romanischen Mentalität, die aber auf die Dauer nicht anhalten wird —, daß Menschen aus der Großstadt wiederum in eine großes Fremdenverkehrsdorf ziehen, wo sie mehr oder weniger

dasselbe erleben, was sie in der Stadt haben können.

Eine Politik zur Lösung der Bergbauernprobleme in diesem Sinne, im Sinne des Tourismus, muß, glaube ich, gut durchdacht werden und muß vor allem in die Zukunft projiziert sein. Wir wissen, daß wir die Agrarpolitik leider nicht allein und unabhängig machen können, weil wir zum Großteil nichts anderes tun können, als die Gelder des Grünen Planes zu verwalten. Und das scheint mir ein Zustand zu sein, der unbedingt geändert werden müßte, dadurch, daß uns die Gesamtsumme der Gelder aus dem Grünen Plan zur Verfügung gestellt wird, so daß die Region in der Lage wäre, eine unabhängige, autonome Agrarpolitik zu betreiben. Ich glaube, es ist keine gute Agrarpolitik, wenn Bergbauernbetriebe Subventionen nur bei 10 Stück Großvieh oder einen Kredit nur bei 6 Stück Großvieh erhalten können. Wir wissen, glaube ich, alle, daß sich gerade Kleinbetriebe entgegen allen Voraussagen, z.B. eines Prof. Mansholt usw., bei uns verhältnismäßig gut halten können, weil sie außer diesem bergbäuerlichen Betrieb noch in oder Lage sind, sich Nebeneinnahmen zu verschaffen, so daß es den Menschen möglich ist, einerseits mit den Einnahmen aus dem bergbäuerlichen Betrieb, andererseits aus den Nebeneinnahmen auf einem x-beliebigen Sektor, sich doch irgendwie auf den Höfen zu halten und dort zu bleiben. Es scheint mir eine nicht ganz richtige Agrarpolitik zu sein, wenn solche kleinere Betriebe — ich meine jetzt nicht die Kleinstbetriebe — einfach aus den Begünstigungen des Grünen Planes, seien es Subventionen oder Kredite, ausgeschlossen werden.

Ich habe schon gesagt, daß der Herr Präsident des Regionalausschusses für eine gewisse Dezentralisierung plädiert hat und daß er sich für die Schaffung solcher Kompensorien aus

den verschiedensten Gründen einsetzt. Ich finde es aber für sonderbar, Herr Präsident, daß Sie, nachdem Sie sich zuerst für eine gewisse Dezentralisierung und Schaffung von Schwerpunkten in der Peripherie eingesetzt hatten, sich etwas später dann irgendwie, ich weiß nicht aus welcher Überzeugung heraus, für die Konzentration eingesetzt haben, indem Sie dann auf einmal für eine Entwicklung plädierten, die zwischen Bozen und Trient stattfinden soll, wobei Trient sich nach Norden ausdehnen könnte und Bozen sich nach Süden ausdehnen müßte. Wir wissen, daß in diesem Raum zwischen Bozen und Trient bereits ein Drittel der Bevölkerung der Region ansässig ist. Diese Meinung stellt für mich eine der Ungereimtheiten dar, eines der Paradoxe, wenn ich so sagen darf, Ihres Berichtes: einmal die Dezentralisierung und dann wiederum die Zusammenballung der Menschen und der Arbeitsstätten im Raum Bozen-Trient.

Wir wissen, z.B. daß sich der Prof. Mazzocchi anlässlich der Industriekonferenz für eine totale Konzentration ausgesprochen hat und gesagt hat, die 400.000 Einwohner der Provinz Bozen könnten sich doch im Raume Bozen ansiedeln und die der Provinz Trient wahrscheinlich im Raume Trient oder im Raume zwischen Trient und Salurn. Nun, wir wissen, daß der Herr Prof. Mazzocchi sehr wenig von Soziologen und Städtebauplanern haltet, die er irgendwie als komische Käuze hingestellt hat, die von der Wirtschaft nichts verstünden; in der Wirtschaft müßte man mit dem Bleistift in der Hand rechnen, und die komischen Überlegungen der Soziologen und der Städtebauplaner hat er in sehr oberflächlicher und herabsetzender Weise abgetan. Ich glaube, daß die Dinge doch nicht so einfach liegen, wie sie Prof. Mazzocchi gesehen hat. Vor allem können wir sagen, daß wir nicht gewillt sind, die Entwick-

lung im Sinne einer Konzentration im Raume Bozen-Unterland zu fördern, so wie sie Prof. Mazzocchi gerne sehen würde.

Man muß eben einen Preis zahlen, wie Sie, Herr Präsident, in Ihrem Bericht auch gesagt haben, wenn eine dezentralisierte Entwicklung verfolgt werden soll. Aber ich glaube, der Preis, der für die totale Konzentration bezahlt werden müßte, wäre noch bedeutend größer. Das erlaube ich mir in aller Klarheit zu sagen. Wir wissen, was die Konzentration von Arbeitsstätten, von Industrien und von Menschenmasse in einem verhältnismäßig kleinen Raume für Folgen hat. Und wir brauchen gar nicht sehr weit zu gehen, nicht nach Tokyo, nicht nach New York, sondern können auch in Europa bleiben, z.B. in der Region Paris, wo heute bereits 9 Millionen Menschen wohnen, oder im Raume Rhein-Ruhr, wo heute 11 Millionen Menschen zusammengeballt leben; wir können auch das Beispiel von Mailand nehmen. Wir wissen alle, welche enormen Probleme durch die Zusammenballung in jenen Zonen entstanden sind, Probleme, die für die Zukunft geradezu fast unlösbar geworden sind oder jedenfalls nur mit enormen Mitteln gelöst werden könnten. Ich habe erst gestern in der Zeitung gelesen, daß die Stadt Mailand für die Sanierung der Peripherie, weil eben die ganze Entwicklung unkoordiniert und ziemlich ziellos vor sich gegangen ist, nur im Jahre 1968 55 Milliarden Lire wird ausgeben müssen.

Die Überlegungen soziologischer und urbanistischer Natur dürfen also nicht so ohne weiteres außer Acht gelassen werden, wenn auch vielleicht das Zahlenspiel, die Rechnung mit dem Bleistift des Ökonomen eine solche Konzentration befürworten würde. Ich bin nun am Ende meiner Rede und werde mir erlauben, über einige andere Dinge, andere Sektoren be-

treffend, eventuell anlässlich der Spezialdebatte zu sprechen.

(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Mi permetto, in relazione al dibattito generale, di trattare anzitutto alcuni problemi concernenti il turismo. Mi sia concesso inoltre di sottoporre ad una breve analisi alcune questioni sollevate dal Presidente della Giunta regionale nella sua relazione.

È noto da tempo che l'anno scorso si è dovuto registrare un sensibile regresso del turismo e ne conosciamo più o meno anche le varie cause. Non intendo, in merito, entrare in particolari poiché, ripeto, sono faccende ben note a tutti, né intendo illustrare qui delle cifre che potrebbero tornar noiose ai consiglieri regionali, tanto più che presumo siano anch'esse sufficientemente note a tutti. Vorrei, in tal connessione, solo accennare al fatto di quanto siano regrediti alcuni centri turistici, quale ad esempio la Val Pusteria ove tale regresso ha raggiunto il 50%. Anche se i dati ufficiali si aggirano sul 30-35%, il regresso è stato sensibilmente maggiore, e lo si è potuto appurare proprio perché essendo stati gli interessati al turismo, quali ad es. quelli della Val Pusteria, assoggettati la scorsa estate a continui controlli e persquisizioni domiciliari, si videro costretti a denunciare rigorosamente ogni pernottamento. Sappiamo come tale circostanza abbia messo in gravi difficoltà diversi esercizi alberghieri, i quali non sono stati i soli a registrare un forte calo nelle entrate; anche il personale non ha infatti conseguito quel guadagno che è assolutamente necessario per vivere.

Essendosi dunque verificato questo regresso, credo proprio che i responsabili in seno alla Regione ed alla Provincia debbano ponderare sul come ovviare, sia quest'anno che gli anni venturi, a tale inconveniente. Ritengo che ne-

cessitino in merito diverse iniziative e posso affermare che la Giunta regionale si è già preoccupata al riguardo, provvedendo ad elaborare appositi disegni di legge per adottare varie misure nel settore del turismo. Penso comunque che il provvedimento più importante ai fini dell'incremento turistico, resti pur sempre l'attività propagandistica. Purtroppo sappiamo però benissimo che i nostri Enti Provinciali del Turismo, le nostre Aziende di Soggiorno, le nostre agenzie turistiche non dispongono dei mezzi finanziari sufficienti per intensificare la propaganda turistica. Molte istituzioni del settore del turismo non hanno infatti nemmeno più il denaro necessario per quella normale attività propagandistica svolta finora e tanto meno, quindi, per intensificarla come sarebbe indispensabile.

La Giunta regionale, competente in questo settore, dovrebbe, a nostro avviso, assegnare assolutamente a questi enti previsti dalla legge, maggiori fondi per la propaganda. Dobbiamo affrontare una buona volta questo problema con la massima energia; la questione va cioè risolta una volta per tutte mediante maggiori stanziamenti.

Mi consta che la Giunta regionale, in unione con gli Enti Provinciali per il Turismo, ha intenzione quest'anno di svolgere in Francia una campagna propagandistica speciale. Credo che una iniziativa del genere, la cui spesa si aggirerà, se non erro, sui 40 milioni di lire, rappresenti senz'altro qualcosa di concreto che non mancherà di dare in Francia i suoi frutti. L'Ente Provinciale per il Turismo di Bolzano ritiene però che la propaganda turistica andrebbe comunque intensificata anche all'interno del Paese, vale a dire in Italia, ma all'uopo necessiterebbero ovviamente entrate straordinarie, fondi speciali, dei quali l'Ente Provinciale del Turismo è invece sprovvisto. Onde poter svol-

gere una maggior propaganda turistica in campo nazionale, propaganda che, considerando il diminuito numero di presenze di turisti italiani registrato l'anno scorso, sarebbe, penso, di somma importanza, l'Ente Provinciale per il Turismo ha elaborato un dettagliato preventivo aggirantesi sui 20 milioni di lire. Poiché credo che l'Ente in parola intenda trasmetterlo questi giorni al competente assessorato, è inutile che io mi soffermi ulteriormente sull'argomento.

Vorrei invece pregare la Giunta regionale, ed in particolare il competente assessore, di cercare la via ed i mezzi atti a consentire all'Ente Provinciale del Turismo di svolgere anche in Italia tale azione propagandistica straordinaria; all'uopo ci riserviamo di presentare nel corso di questo dibattito generale, in collaborazione eventualmente con il collega Agostini che ha appunto l'onore di rappresentare in seno al citato Ente la Regione, ossia la Provincia di Bolzano, di presentare, ripeto, un relativo ordine del giorno. Sappiamo che una simile azione straordinaria comporta un certo rischio finanziario, poiché lo scopo potrebbe andare a monte o non sortire comunque l'effetto auspicato qualora, all'inizio della buona stagione, dovesse verificarsi una ripresa dell'attività terroristica. Ciò malgrado credo che la Regione e l'Ente Provinciale del Turismo debbano proprio correrlo tale rischio.

Vi è in merito un ulteriore problema che vorrei toccare, e cioè quello concernente la ripartizione dei fondi statali, previsti dalla legge 174 del 4.3.1958, agli Enti Provinciali del Turismo di Bolzano e Trento. Come tutti sapete tale ripartizione avviene fifty fifty, vale a dire il 50% all'Ente di Bolzano ed il 50% a quello di Trento. La legge 174 prescrive però che nella ripartizione di questi fondi statali vadano seguiti precisi criteri e cioè: procedervi

proporzionalmente alla importanza turistica della zona, alle attrezzature turistiche ed ai pernottamenti registrati nelle rispettive Province. Per quanto in merito a detta proporzionale concerne l'importanza turistica delle due Province, possono venire prodotte precise documentazioni, le cui cifre parlano chiaro. Al riguardo mi permetto ricordare che nel 1965 si ebbero a registrare in provincia di Bolzano, solo nell'ambito delle aziende alberghiere — la legge parla infatti soltanto di queste ultime — 3.848.000 pernottamenti, vale a dire il 62,97% dei complessivi pernottamenti. In provincia di Trento, per contro, i pernottamenti nelle aziende alberghiere assommarono a 2.323.000, ovvero solo al 32,2% dei pernottamenti complessivi.

Per quanto concerne, sempre nel 1965, i pernottamenti degli italiani e degli stranieri, la proporzione fu in Provincia di Bolzano la seguente: pernottamenti degli italiani 1.708.000, pernottamenti degli stranieri 4.402.000; per la provincia di Trento: pernottamenti degli italiani 6.108.000, pernottamenti degli stranieri 1.111.000. Da queste cifre si rileva quanto importante sia il movimento turistico degli stranieri in provincia di Bolzano, ove tali pernottamenti corrispondono appunto al 72%, mentre in provincia di Trento raggiungono il 15,4 per cento.

Un ulteriore criterio su cui basare la ripartizione dei fondi statali previsti dalla legge 174, può essere tratto dal gettito della tassa di soggiorno. Nel 1965 vennero incassate, in provincia di Bolzano, tasse di soggiorno per un ammontare di lire 193.837.000, cioè il 60%, mentre in provincia di Trento l'introito fu di lire 128.537.000, pari cioè al 40%. Nel 1966 vennero incassati in provincia di Bolzano 223.373.000 di lire ed in provincia di Trento 132.943.000 di lire, vale a dire rispettivamente il 62% ed il 38%. Da queste cifre emerge

chiaramente la differenza fra le due Province, ovvero la superiorità dell'importanza turistica della provincia di Bolzano rispetto a quella di Trento.

Un ulteriore criterio della legge 174 è rappresentato dalla ricettività alberghiera, ed anche qui le cose stanno alla stessa maniera e cioè: sul 60% in provincia di Bolzano e sul 40% in provincia di Trento.

Signor assessore! Ho voluto, una volta tanto, sottoporre questi dati al Consiglio regionale per dimostrare come i criteri sui quali si fonda la legge non godano di alcuna considerazione presso la Giunta regionale. E ciò significa, a mio avviso, che la legge 174 non viene applicata a dovere; in altre parole, che la Regione ha dimostrato in questo caso di seguire una prassi illegale, mentre sussistono invece norme di legge basate su precisi criteri, nonché statistiche ben chiare per l'applicazione di dette norme. Il secondo problema riguarda la ripartizione dei fondi regionali agli Enti Provinciali del Turismo. In merito è d'uopo ricordare all'assessore ed alla Giunta regionale in genere, che, causa il bilinguismo prescritto a norma di legge, l'Ente Provinciale per il Turismo di Bolzano si trova a dover sostenere spese rilevantemente superiori che non l'Ente per il Turismo di Trento. Lei sa, signor assessore, come il succitato prescritto bilinguismo imponga all'Ente in parola di stampare questionari ecc. in duplice lingua e sa, inoltre, che causa il bilinguismo l'Ente Provinciale del Turismo di Bolzano si trova a dover assumere impiegati in soprannumero, per i quali la corresponsione dell'indennità di bilinguismo comporta per l'Ente un onere di almeno cinque milioni. Credo di poter affermare a buon diritto che sarebbe ormai tempo di considerare questi oneri, peraltro dimostrabilissimi, cui l'Ente Provinciale del Turismo di Bolzano si trova assoggettato,

che sarebbe finalmente tempo, ripeto, che il competente assessorato della Regione tenesse debito conto di detti cinque milioni e più.

Vorrei ora entrare brevemente in merito alla legge 614, concernente le zone sottosviluppate, i territori montani. Sta scritto nella relazione del signor Presidente che il Consiglio dei Ministri ha avanzato, in data 27.7.1967, una proposta approvata poi il 31 luglio dal Comitato Interministeriale per la programmazione economica. Venne proposto di escludere dai benefici della legge 614 i Comuni il cui complesso alberghiero disponga di 3000 letti e con un numero di pernottamenti pari ad un milione conteggiato globalmente, vale a dire inclusi i pernottamenti extra-alberghieri. In base a tale criterio di applicazione legislativa, parecchi Comuni dell'Italia centro-settentrionale non possono beneficiare della legge 614. Nella Regione Trentino - Alto Adige il mancato beneficio colpisce peraltro solo ed unicamente il Comune di Merano.

A tal riguardo vorrei chiedere al signor Presidente della Giunta regionale il quale mi risulta abbia presenziato alla seduta del Comitato Interministeriale per la programmazione economica, quale sia stata la sua presa di posizione nella faccenda, e ricordargli come per i Comuni — ad es. Laives e Lana — siano stati adottati, diciamo « ad arte », provvedimenti di eccezione. In altre parole, si è conseguito che due Comuni della Provincia di Bolzano, cioè Lana e Laives, sono stati classificati Comuni sottosviluppati sebbene che in base alla citata legge non possano assolutamente venire classificati tali. Per questi due Comuni, in considerazione forse di una certa industrializzazione ivi sussistente, è stata dunque fatta un'eccezione, in merito alla quale non ho peraltro nulla da obiettare. Vorrei solo chiedere al signor Presidente della Giunta regionale se, considerata la

particolare situazione in cui si trova il Comune di Merano — vale a dire la più importante stazione di cura della Regione, nonché centro turistico tradizionale — non si sarebbe potuto inserire nella legge 614 una norma straordinaria anche per detto Comune. Voi sapete, egregi colleghi, che il problema di Merano non desta preoccupazioni sotto il profilo del movimento turistico; no, non è questo il punto, poiché in effetti il richiamo turistico verso la località in parola non ha perso nulla della sua consistenza — e ciò è dimostrato, vuoi dal numero dei pernottamenti degli ultimi anni, vuoi dal debole regresso che, rispetto ad altri centri, è risultato appunto minimo. Il problema di Merano risiede a mio avviso nel fatto che trattandosi di una località tradizionale e di vecchia data, le esigenze connesse all'incremento turistico sono ovviamente diverse da quelle dei centri turistici sorti da poco. In altre parole il problema consiste nel fatto che parte degli alberghi e delle attrezzature sono ormai antiquati e potrebbero quindi venire modernizzati beneficiando magari proprio delle agevolazioni previste dalla legge 614. Se si è ritenuto di poter adottare norme straordinarie per i Comuni di Lana e Laives, ebbene credo che si sarebbero forse potute adottare analoghe disposizioni pure per la città di Merano.

Il Presidente della Giunta regionale ha trattato nella sua relazione anche il problema delle comunicazioni stradali della Regione, avanzando a mio avviso interessanti proposte. Il collega Gouthier ha già accennato brevemente alla questione. Il signor Presidente pensa che il principale asse stradale del Brennero dovrebbe venire integrato da arterie stradali secondarie; per esempio un collegamento assiale, un allacciamento cosiddetto a triangolo che, scorrente a media altezza fra le montagne, colleghi la Valsugana a Bressanone, ed un'altra co-

municazione secondaria che dal lago di Garda si snodi attraverso Madonna di Campiglio e la Val di Non fino a Merano. Tali proposte, indubbiamente molto interessanti, le definisco però — e non me ne voglia signor Presidente — musicalmente un poco stonate, in quanto sono dell'avviso che ci converrebbe forse indirizzare i nostri pensieri, i nostri sforzi, verso problemi che investono attualmente altri vari settori. Sarebbe meglio, ripeto, accentrare i nostri diritti, i nostri mezzi finanziari sul presente e sull'immediato futuro, lasciando in disparte per ora quelle questioni che, in un futuro più lontano, altri risolveranno certamente a tutto vantaggio dello sviluppo economico e sociale della nostra Regione. Vorrei pregare il signor Presidente della Giunta regionale di volersi occupare senza indugio della questione, la cui soluzione non può più essere rinviata. Onde poter risolvere il problema della viabilità il quale, rivestendo carattere della massima attualità, non va quindi annoverato fra i progetti futuri, il Presidente della Regione dovrebbe, unitamente ai Presidenti delle Giunte provinciali di Bolzano e Trento, intervenire presso i competenti organi di Roma.

Intendo con ciò riferirmi e ricordare problemi ben noti a tutti, che vanno pertanto affrontati appunto con la massima energia e senza ulteriori indugi. Lei sa, signor Presidente, in che stato si trovi la strada del Brennero, e sa perché su questa arteria internazionale, importantissima non solo ai fini dell'economia regionale ma anche da quella nazionale, si va ripetendo ogni anno lo stesso fenomeno. Desidero, in tal connessione, far ancora presente la improrogabile necessità di provvedere ad un miglior collegamento — se così vogliamo chiamarlo — fra Bolzano e Merano ed oltre, fino al passo Resia. Vi è inoltre il ben noto problema della Valsugana, nonché quello relativo all'al-

lacciamento fra Riva e l'autostrada del Brennero. Mi sembrano questi, quei problemi di immediata importanza che devono essere appunto affrontati e portati a soluzione quanto più presto possibile. Potrebbe accaderci altrimenti, che una volta finita l'autostrada del Brennero, la cui ultimazione non richiederà, si spera, più molto tempo, potrebbe accaderci, ripeto, che la nostra Regione divenga principalmente una zona di passaggio poiché non saremo più in condizione di trattenere qui l'afflusso turistico.

Nella sua relazione il Presidente della Giunta regionale si è occupato anche del problema dei contadini di montagna e devo ammettere che, come emerge appunto da detta relazione, egli dimostra in merito parecchia comprensione. Si nota chiaramente che l'attuale Presidente della Giunta regionale fu a suo tempo assessore all'economia montana, per cui penso sarebbe forse appropriato cambiare ogni due anni l'assessore all'economia montana, onde tutti gli assessori della Giunta regionale possano familiarizzarsi meglio con questo grave problema.

Il Presidente della Giunta regionale ha, sempre in tal connessione, spezzato una lancia a favore di queste comunità di valle, proponendo una centralizzazione decentralizzata, nel quadro, credo, della programmazione socio-economica in provincia di Bolzano. Ritengo del resto che il problema dei contadini di montagna possa essere risolto soddisfacentemente solo attraverso una decentralizzazione, trasferendo cioè le competenze amministrative verso determinati centri periferici onde consentire alle persone idonee di prestare la loro opera laddove i problemi sono sostanzialmente più gravosi e pressanti. I problemi godrebbero così di una soluzione pressoché immediata e pratica, in quanto verrebbe offerta la possibilità alle forze lavorative provenienti dalle zone agricole — ed

il numero di queste persone è destinato ad aumentare, specie per quanto riguarda la categoria dei sottoccupati che rappresenta il problema principale del settore dell'agricoltura — a queste persone, ripeto, verrebbe offerta la possibilità di trovare un'occupazione nei dintorni di casa loro, nell'ambiente abituale, o quantomeno non eccessivamente lontano dalla loro dimora. Lei ha affermato, signor Presidente, che per consentire un'evoluzione quale da lei brevemente abbozzata, la Regione sarebbe disposta a pagare un prezzo abbastanza alto, ed io vorrei, al pari del collega Gouthier, chiederle se ciò sia una « scelta politica », ovvero se la Giunta regionale guardi a questa decentralizzazione come ad una meta politica da raggiungere, o se si tratta invece di una sua opinione personale scaturita dall'esperienza che lei, signor Presidente, ha potuto farsi quale assessore all'economia montana. In ogni caso concordo con lei sul fatto che per uno sviluppo in tal senso si debba pagare un certo prezzo. Non dobbiamo infatti limitarci a considerare i contadini di montagna quali protettori del suolo, ecc. come ha affermato ieri il collega Steger, ma dobbiamo guardare ad essi come ai giardinieri delle colture montane, quindi non solo protettori e cultori dell'agricoltura, ma del paesaggio stesso. Ed anche se vengono di frequente citati esempi sul sistema adottato in altri Paesi per risolvere il problema dei contadini di montagna, non è detto che noi si debba assolutamente comportarci in maniera analoga. Nell'ottobre scorso abbiamo avuto modo, in qualità di membri della Commissione per il turismo, di conoscere la zona delle Alpi francesi. Ebbene, egregi colleghi, credo proprio che ci si sia offerta la possibilità di vedere ciò che in parte — non intendo condannare tutto — non si deve fare. Ritengo infatti che lasciar languire, abbandonati a se stessi interi paesi, quei bei paesi alpini

delle Alpi francesi, mentre nella stessa zona montana sorgono letteralmente dal suolo città con 4-5-6-7.000 posti letto, con grattacieli di 12-15 piani, potrà anche essere considerata una moderna forma di sviluppo atta sicuramente ad offrire determinati vantaggi, ma alla quale non dobbiamo tuttavia conformarci. Infatti, sebbene viga ancor oggi forse una certa mentalità — non destinata comunque a perdurare — non riesco a figurarmi che la gente delle grandi città possa desiderare di recarsi in un centro turistico le cui caratteristiche ambientali siano pressoché identiche a quelle in cui vivono normalmente.

Una politica volta, nell'ambito del turismo, a risolvere i problemi dei contadini di montagna, deve essere molto oculata e soprattutto proiettata nel futuro. Sappiamo come ci sia purtroppo impossibile condurre una politica agraria indipendente, inquanto non ci è consentito, in gran parte, altro che amministrare i fondi del Piano Verde. E questa situazione andrebbe, a mio avviso mutata; vale a dire che i fondi del Piano Verde dovrebbero essere messi interamente a disposizione della Regione, onde consentirle appunto di condurre una politica agraria indipendente ed autonoma. Non credo infatti si possa definire buona una politica in base alla quale vengono concesse sovvenzioni solo ad aziende agricole con almeno 10 capi di bestiame, o venga concesso un credito soltanto ad aziende con minimo 6 capi di bestiame grosso. Tutti sappiamo, penso, che, contrariamente a tutte le previsioni — compresa quella ad es. di un certo prof. Mansholt — sono proprio le piccole aziende che qui da noi possono mantenersi proporzionalmente bene, perché oltre agli introiti relativi alla normale attività agricola di montagna, sono in grado di procurarsi entrate secondarie, la qual cosa consente, bene o male, a quella gente di mantenere in vita i

loro masi e non doverli quindi abbandonare. Torno dunque a ripetere che non ritengo propriamente equa una politica agraria la quale prevede l'esclusione di tali aziende minori — non mi sto riferendo ora alle micro-aziende — dai benefici del Piano Verde, siano essi sovvenzioni oppure crediti.

Ho già detto che il Presidente della Giunta regionale si è dichiarato propenso ad una certa decentralizzazione e che si adopererà per creare simili comprensori. Ebbene io trovo strano, signor Presidente, che lei, dopo essersi in un primo momento espresso a favore di una certa decentralizzazione e creazione di baricentri periferici, si sia poco dopo dichiarato, per non so quale convincimento, favorevole invece all'accentramento, dicendosi propenso di punto in bianco ad un piano di sviluppo da attuarsi nella zona fra Bolzano e Trento, un piano di sviluppo cioè, in base al quale la zona di Trento dovrebbe espandersi verso il Nord e quella di Bolzano verso il Sud. Sappiamo che nella striscia di territorio fra Trento e Bolzano vive circa 1/3 della popolazione regionale. Un criterio del genere rappresenta secondo me un assurdo, uno dei paradossi — se così posso dire — della sua relazione: viene parlato di decentralizzazione, poi si passa invece all'accentramento della gente e dei posti di lavoro entro la striscia di territorio Bolzano-Trento.

È notorio che in occasione della conferenza sull'industria il prof. Mazzocchi si è espresso a favore di un totale accentramento, affermando che i 400.000 abitanti della provincia di Bolzano potrebbero in effetti stabilirsi entro il territorio della loro Provincia, ed analogamente potrebbero fare quelli della provincia di Trento, stabilendosi cioè nel territorio di Trento o forse nella zona fra Trento e Salorno. Tutti sappiamo peraltro che il professor Mazzocchi tiene in assai scarsa considerazione i sociologi e

gli urbanisti, che egli definisce individui stravaganti ed assolutamente incompetenti nel ramo economico. Il professore ha sostenuto infatti che i conti vanno fatti matita alla mano ed ha rigettato, in maniera piuttosto superficiale e degradante, quelli che secondo lui sono i bizzarri punti di vista dei sociologi ed urbanisti. Credo che le cose non siano propriamente così semplici come le ritiene il prof. Mazzocchi. Voglio subito precisare che noi non siamo disposti a promuovere quello sviluppo volto ad un accentrimento nella zona Bolzano - Bassa Val d'Adige, come piacerebbe appunto al prof. Mazzocchi.

Lei ha affermato nella sua relazione che uno sviluppo decentralizzato richiederebbe un certo prezzo e ciò è vero; ma penso, e mi permetto dirlo in tutta chiarezza, che per un totale accentrimento il prezzo sarebbe assai più rilevante. Non ignoriamo certo quali possano essere le conseguenze di un accentrimento di posti di lavoro, di industrie e di masse di gente entro una zona proporzionalmente troppo piccola. E per trovare qualche esempio non occorre arrivare con il pensiero fino a Tokio od a New York ma basta, restando qui in Europa, pensare ad es. alla regione di Parigi ove vivono attualmente 9 milioni di persone, o alla zona Rhein-Ruhr ove ne sono ammassate 11 milioni; altro esempio è Milano. Sappiamo quali enormi problemi abbiano creato gli accentra-

menti in quelle zone, problemi che proiettati nel futuro appaiono pressoché insolvibili, o la cui eventuale soluzione richiederebbe comunque mezzi enormi. Ho letto proprio ieri nel giornale che la città di Milano dovrà sborsare, per il solo 1968, 55 miliardi di lire per il risanamento delle zone periferiche, il cui complessivo sviluppo si è svolto senza coordinamento e con esito abbastanza negativo.

È chiaro dunque che i criteri di natura sociologica ed urbanistica vanno tenuti nella dovuta considerazione anche qualora il gioco delle cifre degli economisti non tornasse a favore del citato accentrimento. Per ora ho terminato e mi permetterò, eventualmente, di parlare nel corso della discussione articolata, su questioni relative ad altri settori.)

PRESIDENTE: Sono stato pregato di chiudere la seduta un po' prima per riunione dei capigruppo; quindi se c'è qualcuno che intende parlare per uno spazio di una mezz'ora, va bene, altrimenti sospendo la seduta. Nessuno intende parlare in questo limite? Allora la seduta è tolta. Riprende domani mattina, con orario mattina e pomeriggio, e proseguirà il giorno 9 c.m.

(Ore 13.05).